Abend-Ausgabe

Deutsche Allgemeine Zeitung

60. Jahrg. | Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal und bringt täglich eine Unterhaltungsbeilage, Sonntags die illustrierte Bilderbeilage, Mittwochs abwechselnd eine bunte Modenbeilage und eine Kunstbeilage, außerdem täglich wechselnd die Beilagen: „Wirtschaft und Recht", „Kraft und Stoff", „Der Weltverkehr", „Frau und Welt", „Lehren und Lernen", „Reisen und Wandern". Schriftleitung: Berlin SW 68, Wilhelmstr. 30-32. Fernspr. Amt Jäger 4283-85.

Sonnabend, 16. April 1921

Bezugspreis monatlich Mk. 12.— Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, außerhalb bei der Post. In Dänemark, Deutsch-Österreich, Holland, Luxemburg, Norwegen, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn Bezug durch die Post, im übrigen Ausland nur direkt beim Verlag. Preis für die 33 mm breite mm-Einzelgarmzeile Mk. 1.50, für die 67 mm breite mm-Reklamezeile Mk. 4.50. Geschäftsstelle: Berlin SW 68, Wilhelmstr. 30-32. Fernsprecher Amt Jäger 5960-88.

Nr. 177 | B 14

Tages-Spiegel.

Vor dem Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten erklärte gestern Briand, daß er ohne Bündnisse und ohne vorherige Verhandlungen mit Deutschland einlassen werde.

*

Jugoslawische Truppen haben die nach dem Vertrag von Rapallo Jugoslawien zugesprochenen obersten Dalmatien, in denen bisher italienische Truppen stationiert waren, ohne Zwischenfall besetzt.

*

Die englische Regierung hat eine neue formelle Erklärung an die türkische und die griechische Regierung gerichtet, in der sie ihre vollständige Neutralität in dem gegenwärtigen griechisch-türkischen Konflikt erklärt.

*

Der frühere Kommunistenführer Levi ist aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden.

*

Der Organisator des kommunistischen Aufruhrs in Mitteldeutschland Max Hölz wurde in der vergangenen Nacht in Berlin verhaftet.

Frankreichs wahres Gesicht.

Während die von deutscher Seite ausgehenden Mitteilungen, daß Deutschland mit der Absicht umgehe, den in London abgerissenen Faden der Verhandlungen mit der Entente wieder aufzunehmen, die englische Regierung zu der Erklärung veranlaßt haben, sie werde jedes vernünftige Angebot mit ernstester Aufmerksamkeit prüfen, hat sich Briand vor dem Kammerausschuß der auswärtigen Angelegenheiten wieder einmal zu überaus scharfen Ausfällen hinreißen lassen, die in der deutschen Oeffentlichkeit den energischsten Widerspruch erwecken müssen. Der französische Ministerpräsident will keinerlei deutsche Vorschläge entgegennehmen, ohne vorher Bürgschaften zu besitzen. Was er darunter versteht, ist auf den ersten Blick recht reichlich, wird aber klar, sobald man seine Ausführungen über die Ruhr- und Oberschlesien liest. Wenn man sich die Haltung Lloyd Georges in London vor Augen hält, wird man erkennen, daß dem Sinne nach England schließlich auch nichts anderes will als Frankreich. Denn für „vernünftig" und „angemessen" betrachtete der englische Premier, wenigstens bisher, offenbar nur die französischen Militärdenkphantasien. Wenigstens ist aber die Form der betreffenden Reuter-Meldung nicht schroff gehalten, während Briand es sich nicht verlagen konnte, Deutschland vorzuwerfen, es treibe eine ausweichende Politik und weigere sich, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Daß die deutsche Regierung, nachdem sie von den beim Friedensvertrag frei zuvorbarlaufen den, einseitigen Zwangsmaßregeln überfallen worden ist, sich überhaupt auf weitere Besprechungen einlassen will, ist der beste Beweis für den ernstlichen guten Willen der Deutschen. Zu einem Punkte nicht man Briand zugestehen müssen, daß er sich einer ruhigeren und sachlicheren Auffassung zu nähern beginnt. Er ist nämlich bereit, die Mitarbeit der Deutschen durch unmittelbare Tätigkeit und Lieferung von Material bei dem Wiederaufbau anzuerkennen. Das ist immerhin ein gewisser Fortschritt. Um dahin zu gelangen, hätte man aber nicht die vielen Monate seit Spaa ungenützt verstreichen zu lassen brauchen; die Herstellung der betreffenden Departements wäre jedenfalls erheblich weiter. War das damals gemachte Angebot der französischen Regierung zu wenig genau in den Einzelheiten, so konnte sie von Deutschland jederzeit eine Ergänzung verlangen. Die deutsche Anregung, die den allein praktisch möglichen Ausweg bietet, wurde bei ihrem Bekanntwerden aber lediglich mit einer Flut von Beschimpfungen erfüllt.

Die tatsächliche Heranziehung der Deutschen zu dem Wiederherstellungswerk kann aber nur dann zu einem Ergebnis führen, wenn die deutsche Wirtschaftskraft nicht unterbunden wird. Briand möchte aber auf der einen Seite deutsche Arbeit in Nordfrankreich verwenden, weil andere die dort vorhandenen Probleme nicht zu lösen sind, andererseits aber die Politik der Gewalt fortsetzen. Militärische Reserven sollen einberufen werden, um weitere deutsche Gebiete zu besetzen. Wohin Briand steuert, deuten die Beratungen an, die im Elysée zwischen Loucheur, den Generalen Degoutte und Weygand sowie dem aus Brüssel bekannten Finanzsachverständigen Seydoux stattfinden: Es handelt sich um nichts weniger und nicht mehr, als das Ruhrgebiet nicht nur militärisch zu besetzen, sondern auch wirtschaftlich im Interesse Frankreichs auszubeuten. Das ist ja die geheime Absicht der französischen übertriebenen Forderungen in der Entschädigungsfrage. Es genügt nicht, daß das deutsche Volk militärisch machtlos gemacht wird. Gleichzeitig soll es wirtschaftlich vollkommen in die Abhängigkeit der Franzosen geraten. Um dieses Preis hat sich selbst Loucheur, dessen Ansehen im übrigen wegen der zahlreichen Mißstände in Nordfrankreich im Sinken begriffen ist, mit der deutschen Mitarbeit in Nordfrankreich einverstanden erklärt. Bei dem edlen Wettrennen um die deutsche Industrie beteiligen sich auch die Belgier, für die Seydoux ganz ähnlich Projekt ausgeheckt hat, wie es offenbar jetzt im Elysée beraten wird.

Die Franzosen wollen sich aber nicht mit dem Ruhrbesitz begnügen, nachdem sie sich im Friedensvertrag bereits Lothringen und Belfort sichergestellt haben. Die Saar zu verschaffen gesucht haben. Die Abstimmung in Oberschlesien hat eine unanzweifelbare Mehrheit für Deutschland ergeben. Oberschlesien ist und bleibt ein einheitliches Gebiet, das niemals mit Polen auch nur das geringste zu tun gehabt hat. Gerade die Industrie in Oberschlesien ist eine ausschließliche Schöpfung der Deutschen. Die Polen haben bisher weiter nichts getonnt, als durch eine verbrecherische Agitation und Terror die Tätigkeit der Minderheit zu stören. Briand wagt es aber trotzdem, jetzt öffentlich zu erklären, Oberschlesien solle in der Weise geteilt werden, daß Polen die Industrie und die Kohlen und Deutschland die landwirtschaftlichen Bezirke bekäme. Eine schreiendere Ungerechtigkeit läßt sich nicht ausdenken. Polen, wo Frankreich offenbar zum Zeil einen Ersatz für die in Rußland vergeudeten Milliarden anstrebt, ist den Franzosen natürlich als Besitzer des wichtigsten Teiles Oberschlesiens recht, weil Frankreich dann dort völlig ungehindert seine wirtschaftlichen Hegemonieplane verfolgen kann. Daß diese ganz außer Verhältnis zu Frankreichs Hilfsmitteln stehen und daß die Franzosen, die in ihrem eigenen Lande nicht vorwärts zu kommen vermögen, niemals imstande sein werden, Saar, Ruhr und Oberschlesien zu entwickeln, braucht nicht erst besonders hervorgehoben zu werden. Deshalb streben die Franzosen ja auch danach, möglichst nur die finanzielle Leitung der deutschen Unternehmen zu bekommen, und besonders die Gewinne einzustreichen. Der deutsche Techniker soll natürlich weiter arbeiten für Rechnung des französischen Oberherrn. Das ist der ganze Sinn davon, daß Frankreich beruhigt unausführbare Forderungen in der Entschädigungsfrage stellt. Der Text des Friedensvertrages, der so schon bei den „Sanktionen" in der rücksichtslosesten Weise verletzt worden ist, macht Frankreich dabei keine Kopfzerbrechen. In einer Erörterung des französischen Budgets führt der „Temps", dessen engen Verhältnis zum Quai d'Orsay bekannt ist, aus, Deutschland habe nach dem Friedensvertrag nicht zu verlangen, daß seine Leistungsfähigkeit berücksichtigt werde, sondern nur die Ansprüche der Verbündeten seien in Betracht zu ziehen. Es genügt, auf den Text des Friedensvertrages hinzuweisen, der ausdrücklich vorsieht, daß die Wiederherstellungsforderungen der deutschen Leistungsfähigkeit angepaßt werden.

Aber auf Verdrehungen und Entstellungen kommt es den Franzosen offenbar nicht an. Führt Frankreich fort, im imperialistischen Geist, der nur die politische, wirtschaftliche und militärische Vernichtung Deutschlands, nicht aber den Wiederaufbau Europas anstrebt, an die Regelung des Entschädigungsproblems heranzugehen, so sind die Hoffnungen für die von England angeblich angestrebte „vernünftige" Lösung äußerst gering. Jedenfalls erhebt das deutsche Volk den schärfsten Protest gegen die von den Franzosen geplanten neuen unerhörten Bergewaltigungen. Zardieu, Clemenceaus treuer publizistischer Mitarbeiter, hat es zugegeben, daß der Versailler Friedensvertrag tatsächlich eine Fortsetzung des Kriegszustandes bedeutet. Das hat Deutschland, das im November 1918 in seinem Idealismus an die herausdämmernde Aera des Friedens glaubte, seit dem verhängnisvollen Friedensschluß an seinem eigenen Leibe erfahren. Die Mittel der Gewalt stehen den Franzosen zwar zur Verfügung, aber ob sie damit mehr erreichen werden als Chaos und Verwirrung, ist eine andere Frage. Das deutsche Volk wird fest in seiner Haltung beharren, die ihm sein Recht und seine Pflicht gegenüber den kommenden Geschlechtern vorschreiben: keine Forderungen anzuerkennen, die es der Verstümmelung aussetzen.

Holz in Berlin verhaftet.

Max Hölz aus dem Voigtlande, der geistige Urheber der blutigen Märzunruhen, Führer der Roten Armee in Mitteldeutschland, der auch unter dem dringenden Verdacht stehe, die Berliner Attentate verursacht zu haben, ist in der vergangenen Nacht im Westen Berlins von Beamten der Abteilung IA des Polizeipräsidiums Berlin verhaftet und nach dem Polizeipräsidium gebracht worden.

Zur weiteren Aufklärung erscheint es dringend notwendig, daß sich sofort diejenigen Personen, Pensions- oder Hotelinhaber bzw. deren Angestellten melden, die bei denen in der letzten Zeit ein etwa 1,65 Meter großer Mann mit hohlgesichtigem Kopf, glattrasiertem Gesicht, großer, breiter Stirn, vielleicht unter dem Namen Fritz Hannemann, gewohnt hat. Er führte drei ganz neue Reisekoffer bei sich und war zuletzt bekleidet mit einem blauen Jackettanzug, braungrünem Sommermantel, bis zum Hals zugknöpft, und grauem, weichen Hut. Für die Herbeischaffung des Gesuchten haben die Angestellten Kruscht auf einen Teil der ausgesetzten Belohnung. Nachrichten werden erbeten: mündlich nach Zimmer 343, telephonisch durch die Anschlüsse 300, 313, 880 des Polizeipräsidiums.

Eine Korrespondenz meldet folgende Einzelheiten: Hölz war nach Niederwerfung des Mißaufruhrs wieder nach Berlin gekommen. Die Kriminalpolizei fand hier seine Spur und Beamte der Abteilung IA ermittelten, daß er sich gestern abend in einem Kaffee in der Rankestraße zu Charlottenburg aufhielt. Als sie dort eintrafen, sahen sie mit einem Male Hölz aus der Bauffeltstraße, von dem sie wußten, daß er schon früher mit Hölz in Verbindung gestanden hat, und mehreren anderen einem Mann folgen, der gemächlich aus nicht wie Hölz aussah. Er hatte ein glatt rasiertes Gesicht, und kurz geschnittenes Haar und trug eine Hornbrille. Nur die Gesichtszüge erinnerten an Hölz, der früher einen Vollbart und eine sogenannte Sowjetfrisur trug. Die Beamten nahmen den Mann beiseite und fragten ihn, wer er sei: er erwiderte, das wüßten sie ebensogut, wie er, sie möchten doch im Fahndungsblatt nachsehen. Ueberzeugt, Hölz vor sich zu haben, nahmen die Beamten den Mann fest und brachten ihn, den Täschler Röhl und die anderen, die sich in dem Kaffee zusammengefunden hatten, mit einem Kraftwagen nach dem Polizeipräsidium. Hier wird der Verhaftete heute verhört werden. Die Verhaftung ist in erster Linie durch die Vermittlung des Reichskommissars für die öffentliche Ordnung, Oberstleutnant Kuenzer, gelungen.

Der Festgenommene leugnet nicht, der Kommunistenführer Hölz zu sein. Er vermutete zuerst, er sei in Gegenwart des Polizeipräsidenten Richter, des Oberregierungsrats Weiß, des Regierungsrats Dr. Weiß von Kriminalkommissar Scherler in dessen Zimmer verhört worden, besonders auch über seine Mitwirkung an dem Dynamitanschlag gegen die Siegesäule, die von mehreren Verhafteten bekundet worden ist. Dabei gab er zu, der gefuchte Hölz zu sein, verweigerte aber bisher jede weitere Aussage. Aus diesem Grunde wurde das Verhör bald abgebrochen.

Nach den Ermittelungen der Dienststelle IA ist Hölz auch während der Aufruhrbewegung in Mitteldeutschland schon wiederholt in Berlin gewesen. Er ist stets mit einem Kraftwagen hierhergekommen und wieder weggefahren. Gewohnt hat er an verschiedenen Stellen Groß-Berlins in Pensionaten, überall nur kurze Zeit. Die Beamten waren ihm wiederholt dicht auf den Fersen. Jedesmal aber war er gerade mit seinem Koffer schon wieder ausgeflogen, wenn sie seinen Unterschlupf erreicht hatten. Unter anderem stieg er auch in einem kleinen Hotel in der Charlottenstraße ab. Wie an anderen Stellen, so hielt er auch hier Konferenzen ab. Aus diesen Versammlungen nahm dem Hin- und Herreisen zwischen dem Aufruhrgebiet in Mitteldeutschland und Berlin und den Anschlägen hier Licht sich schließen, daß Hölz der Leiter der ganzen Bewegung gewesen ist, und daß er auch in Berlin Sprengstoffe und Waffen besorgt und verteilt hat.

Um Oesterreichs Selbstbestimmung.

Der Anschluß keine Intrige.

Drahtmeldung.

Wien, 15. April. (W. T. B.)

Im Nationalrat erklärte auf die dringliche Anfrage der Großdeutschen wegen des gestrigen Schreibens des französischen Gesandten Bundeskanzler Mayr, es werde den alliierten Mächten die gewünschten Fragen in geeigneter Weise zur Kenntnis bringen. Zur Kronzeichnung des Standpunktes der Regierung verweise er auf seine Ausführungen am 31. März, daß wenigstens in England und Frankreich die Anschlußbewegung für einen politischen Fehler gehalten werde und die endgültige Entscheidung darüber nicht in Oesterreich, sondern in erster Linie bei der Entente und in Berlin liege. Die Regierung stehe auf der Grundlage des Friedensvertrages von St. Germain. Ohne eine möglichst wirksame Hilfsaktion der auswärtigen Mächte sei aber der Vertrag nicht durchzuführen. Die versprochene internationale Kreditbilfe sei unerläßlich nötig.

Nach durchgeführter Debatte wurde mit den Stimmen aller Parteien folgende Entschließung des großdeutschen Abg. Waber angenommen:

„Im Hinblick auf die am 14. April von dem französischen Gesandten bei dem Bundeskanzler Mayr abgegebene Erklärung, der sich die Vertreter der englischen und der italienischen Regierung anschließen, haben wir die Regierung ersucht, bei den Mächten auf die Wahrung der Oesterreich aus dem Friedensvertrage von St. Germain zustehenden Rechte zu dringen.

Das Artikel 88 gibt Bertor, daß Oesterreich das Recht hat, sich an den Völkerbund mit dem Ersuchen um Zulassung des Anschlusses an das Deutsche Reich zu wenden. Die in diesem Rahmen geführten und aus dem Bedürfnis der in ihren Lebensinteressen schwer betroffenen Bevölkerung entsprechenden Bemühungen können alle Unrtrebe keineswegs bezeichnet werden."

Für die Freiheit der Meinungsäußerung.

Wien, 15. April. (W. T. B.) Im Laufe der Debatte des Nationalrates über den großdeutschen Antrag hatte der Sozialdemokrat Abg. Dr. Otto Bauer erklärt, es bei dem Schritt der Entente handle es sich um das viel primitivere Recht der Freiheit der Meinungäußerung. (Zustimmung bei den Soz. und Großdeutschen.)

Der Tiroler Landtag habe bloß die Anfrage gestellt, ob der Anschluß an Deutschland gewünscht werde, aber selbst die Aeußerung eines solchen Wunsches erscheine der Entente nicht mehr erlaubt.

Der Erfolg des Tiroler Landtags bestehe darin, daß ganz Europa erkennen müsse, daß in Tirol eine ungeheure Mehrheit der Bevölkerung den Anschluß wünsche, denn wenn dies nicht der Fall wäre hätte die Entente den Anschluß gewiß nicht verboten.

Vertagung der Abstimmung?

Wien, 16. April. (Ltd. Tel.) Trotz der vom Innsbrucker Landtag gestern angenommenen Resolution, die erklärt, daß keine Macht der Welt die Volksabstimmung verhindern könnte, ist man in Wien noch überzeugt, daß es im letzten Augenblick gelingen werde, die Tiroler Volksabstimmung hinausschieben. Der Bundeskanzler Dr. Mayr hat nach gestern einem seiner Vertrauensmänner nach Innsbruck entsandt und einen seiner politischen Freunde aus der Innsbrucker Landesregierung nach Wien berufen, um unter dem Eindruck der außerordentlichen Situation von den Innsbrucker Machtsphären Zugeständnisse zu erlangen. Die Situation liegt im Augenblick so, daß der Innsbrucker Landtag vermutlich eine Entschließung annehmen wird, durch die zwar die Abstimmung hinausgeschoben, diese Verlagung aber von der vermeintlichen Bewirkung der Durchführung der Pläne der Entente abhängig gemacht wird.

*

Im Widerspruch zu der Mitteilung des Ltd. Tel. steht nachstehende Drahtmeldung unserer Innsbrucker Korrespondenten. Sie ist ein Zeichen des Gegensatzes zwischen der Wiener Zentralregierung und den Ländern.

Tirol will nicht nachgeben.

Eigene Drahtmeldung.

W. **Innsbruck**, 16. April.

Der offizielle Wortlaut der Ententenote gibt der Tiroler Landesregierung offiziell zu mit den Erklärungen der Wiener Regierung. Landeshauptmann Schraffl hatte schon nach den ersten Bekanntwerden des Ententeprotestes im Landeskulturrat, wo die Mitglieder der Landesregierung versammelt waren, vor der dem Gebäude wartenden Menge erklärt, daß er hoffe, die Landesregierung werde nicht von dem einmal gefaßten Entschlusse abweichen.

Die Menge dankte ihm für seine kernigen Worte mit großem Jubel. In einer längeren Abendsitzung beriet die Landesregierung über die weitere Haltung in dieser Frage. Man beschloß, vorläufig den Landtag nicht einzuberufen, da die vorausgegangene Konferenz der Parteivorsitzenden der Landtagspartei sich dahin ausgesprochen hatte, daß die überwiegende Mehrheit des Landtages ohne weiteres auf dem gefaßten Beschluß, die Volksabstimmung, wie festgelegt, am 24. April durchzuführen, beharren werde. Die fest Haltung der Tiroler Landesregierung wird zweifellos bei der Bevölkerung große Freude auslösen. Der Schritt der Entente hat bisher nur den Erfolg gehabt, daß der Haken der Tiroler noch fester geworfen ist.

L.N.S. München, 16. April. (Eigene Drahtmeldung.) Hier fand gestern abend eine überaus stark besuchte Versammlung der hier lebenden Deutsch-Oesterreicher statt, die sich einstimmig für die unbedingte Durchführung der Abstimmung über den Anschluß Tirols und Deutsch-Oesterreichs an Deutschland aussprach.

Enttäuschte Konferenz noch im April?

A. **Genf**, 16. April. (Eigene Drahtmeldung.) Schweizer Blätter melden aus Paris, der Berliner Korrespondent des „Journal" kritisiert in heftigen Ausdrücken eine ausländische Initiative des schweizerischen Bundespräsidenten Schultheß, der die Vermittlung Wallsingtons in der Reparationsfrage angeraten habe. Die übrigen französischen Blätter glauben bisher nicht an eine solche Einmischung, die als eine Bevorzugung Deutschlands aufgefaßt werden müsse. Aus der gegenwärtig in Paris herrschenden Stimmung gehe hervor, daß irgendeine derartige Aktion von seiten Deutschlands als ein hinterhältiger Schritt betrachtet werden würde, durch sie die für den 1. Mai geplanten Zwangsmaßnahmen der Alliierten nicht aufzuhalten werden können.

Weitere Meldungen besagen, daß man in Paris die Zusammenkunft einer neuen Konferenz der alliierten Regierungsleiter noch vor Ende dieses Monats erwartet.

Kriegsmüdigkeit in Griechenland.

P. **Athen**, 16. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die griechische Regierung sah sich vor die Notwendigkeit gestellt, vor kurzem den Belagerungszustand über ganz Griechenland zu verhängen. Die Ursachen sind in den politischen Streitigkeiten der beiden stärksten Parteien und in der zum gutmachenden Kriegsmüdigkeit zu suchen. Die neuen Operationen in Kleinasien haben enorme Opfer an Menschen, Material und Geld gefordert.

Die Staatsfinanzen haben sich so verschlechtert, daß die Venizelisten mit ihrer Opposition gegen die Regierungspartei in weiten Kreisen Erfolg haben. Daneben macht sich auch eine Opposition der Arbeiterkreise und der Sozialisten gegen den Krieg in Kleinasien geltend.

Fortdauernde Beratungen in Paris

Paris, 16. April. (E. E.)

Wie der „Matin" meldet, folgten der Beratung der Minister im Elysée noch zwei weitere Beratungen, zu denen der Minister für öffentliche Arbeiten, Loucheur, sowie die Generale Degoutte und Weygand und der Sachverständige für Finanzen, Seydoux, teilnahmen.

Am Abend folgten neue Beratungen derselben Persönlichkeiten im Elysée. Es scheinen genaue Pläne ausgearbeitet worden zu sein, wie man nicht nur das Ruhrgebiet über die eigentlichen Grenzen hinaus besetzen, sondern es auch wirtschaftlich ausbeuten könne. Das Ruhrgebiet soll nicht nur als ein Druckmittel, sondern auch als ein Zahlungsmittel dienen. Bevor man aber zu seiner Ausbeutung schreiten könne, müßten genaue finanzielle und wirtschaftliche Pläne ausgearbeitet sein.

Der „Matin" stellt die Frage, wer das deutsche technische Personal ersetzen würde, wenn dieses die Mitarbeit verweigerte; welches Kunstdünger- und Münzsystem man einführen werde, um wen und zu welchem Preise die Produkte aus dem Ruhrgebiete verkaufen lassen.

Paris, 16. April. (Ltd. Tel.) **Dem Vernehmen nach legt Frankreich besonderen Wert darauf, daß in Falle weiterer Sanktionen ein nachhaltiger Druck auf Deutschland durch eine scharfe Beschränkung der zu seinem eigenen Verbrauch aus dem Ruhrgebiet und aus Oberschlesien bezogenen Kohlenmenge** in ausgeübt werde. Englands Zustimmung zu einer solchen Maßnahme ist noch nicht erteilt worden.

Endgültige Absage des Generalstreiks.

Sprengung der einheitlichen Arbeiterfront.

L.N.S. London, 16. April.

Der gestrige Tag brachte der englischen Arbeiterschaft die größte Niederlage, die sie seit Bestehen der Gewerkschaften aufzuweisen hatte. Für Lloyd George bedeutete der Tag den größten Sieg, den er seit dem Waffenstillstand errungen hat. Ganz London jubiliert über den Zusammenbruch des englischen Generalstreiks. Man glaubt, daß jetzt wieder der Weg frei geworden ist für das Wiederaufleben des Handels und aller Industriezweige.

Die Vorgänge des gestrigen Tages spielten sich größtenteils hinter den Kulissen ab. Geheime Konferenzen wurden abgehalten, auf denen es zu dramatischen Zwischenfällen kam. Die Führer der Arbeiter kämpften einen hoffnungslosen Kampf, um die Reihen der Gewerkschaften geschlossen zu erhalten. Der Bruch ist hauptsächlich auf die radikalen Elemente unter den Bergarbeitern zurückzuführen, die zu keinerlei Entgegenkommen bereit waren. So wurde in letzter Stunde der industrielle Kampf plötzlich abgesagt, nachdem die Verhandlungen, die von den Arbeitergewerkschaften geführt wurden, noch nicht zu dem Ergebnis geführt waren, daß die Bergarbeiter ihre Forderungen fallen ließen. Man glaubt, daß jetzt wieder der Weg frei geworden ist für das Wiederaufleben des Handels und aller Industriezweige.

Die Vorgänge des gestrigen Tages spielten sich größtenteils hinter den Kulissen ab. Geheime Konferenzen wurden abgehalten, auf denen es zu dramatischen Zwischenfällen kam. Die Führer der Arbeiter kämpften einen hoffnungslosen Kampf, um die Reihen der Gewerkschaften geschlossen zu erhalten. Der Bruch ist hauptsächlich auf die radikalen Elemente unter den Bergarbeitern zurückzuführen, die zu keinerlei Entgegenkommen bereit waren. So wurde in letzter Stunde der industrielle Kampf plötzlich abgesagt, nachdem die Verhandlungen, die von den Arbeitergewerkschaften geführt wurden, noch nicht zu dem Ergebnis geführt waren, daß die Bergarbeiter ihre Forderungen fallen ließen. Man glaubt, daß jetzt wieder der Weg frei geworden ist für das Wiederaufleben des Handels und aller Industriezweige.

Die Gewerkschaftsführer der Lokomotivführer und Heizer, Mr. Moore, erklärte unserem Korrespondenten, die Verbände des Arbeiterbeirats hätten sich gezwungen, den Generalstreik in letzter Stunde abzusagen, da die Mehrheit unter den Vertretern der Bergarbeiter sich weigerte, die Verhandlungen wieder zu eröffnen, selbst auf der Grundlage, die von Lodges am Abend vorher als Verhandlungsbasis vorgelegt war. Diese Haltung verursachte unsere Entscheidung, den weiteren Kampf ausschließlich den Bergarbeitern zu überlassen. Sie müssen jetzt zusehen, wie sie alleine fertig werden."

Das Gewerkschaftsbeirat der Lokomotivführer und Heizer, Mr. Moore, erklärte unserem Korrespondenten, die Verbände des Arbeiterbeirats hätten sich gezwungen, den Generalstreik in letzter Stunde abzusagen, da die Mehrheit unter den Vertretern der Bergarbeiter sich weigerte, die Verhandlungen wieder zu eröffnen, selbst auf der Grundlage, die von Lodges am Abend vorher als Verhandlungsbasis vorgelegt war. Diese Haltung veranlaßte unsere Entscheidung, den weiteren Kampf ausschließlich den Bergarbeitern zu überlassen. Sie müssen jetzt zusehen, wie sie alleine fertig werden."

Das Generalratsamt unter den Mitgliedern des Arbeiterbeirats bedeutet den Bruch der berühmten einigen Arbeiterfront Englands. Die mächtigste Gruppe der englischen Arbeitergewerkschaften ist damit gesprengt. Wie sich nun die Bergarbeiter ohne Unterstützung der anderen Gewerkschaften verhalten werden, ist jetzt zweifelhaft. Eine Weiterführung des Kampfes erscheint ausschlußlos.

Französische Kolonialfragen.

Eigene Drahtmeldung.

Brüssel, 15. April.

Der französische Kolonialminister Sarraut hat dem „Matin" erklärt, Frankreich müsse jetzt mit aller Energie an die Bewertung seines gewaltigen Kolonialbesitzes gehen, der, wie jeder Kenner der Verhältnisse zugeben muß, tatsächlich noch nicht in entsprechender Weise ausgenützt wird. Sarraut will dem Parlament einen eingehenden Arbeitsplan vorlegen. Danach sollen die verschiedenen Kolonien, die bisher jede für sich an ihrem Strange zogen, nach einer einheitlichen Methode verwaltet werden. Die der Kolonialminister hofft, werden die Erzeugnisse der Kolonien nicht unwesentlich dazu beitragen, die außerordentliche Schuldenlast Frankreichs zu erleichtern. Eine Vorbedingung dazu sei aber eine, neuzeitlichen Geist atmende Behandlung der einheimischen Bevölkerung. Während des Krieges haben, dem Minister zufolge, die Kolonialgebiete (zu denen der nordafrikanische Besitz nicht zu rechnen ist) Frankreich über eine Million Soldaten und Arbeiter geliefert. Schon um sich diese Mitwirkung zu sichern (also nicht aus humanitären Gründen, sondern zur Ausnützung der Kolonialbevölkerung), müsse man die Lebensbedingungen der Eingeborenen wohl günstig gestalten.

Bisher litten die französischen Kolonien darunter, daß sie allzu bureaukratisch verwaltet wurden. Ob Sarrauts Projekte in dieser Hinsicht eine Renderung bringen werden, bleibt abzuwarten.

Auch der Generalpräsident von Marokko, Marschall Lyautey, hat vor seiner jüngsten Abreise nach Rabat seinen Anhängern und Freunden seine Absicht dargelegt. Er meint, daß er noch etwa drei Jahre lang mit Kämpfen rechnen und daher die im Land stehende erhebliche Truppenmacht dort behalten müsse. Mit eine Berücksichtigung der Streitkräfte meint der Marschall verzichten zu können. In wirtschaftlicher Hinsicht verspricht der Generalresident allerlei Neuerungen. Bei seiner Art, jeden fremden Wettbewerb auszuschalten, ist aber kaum anzunehmen, daß er das berüchtigte engherzige System der ausschließlichen Bevorzugung der Franzosen beseitigen wird. Tous fehlt es dem militärisch und organisatorisch zweifellos tüchtigen Marschall an wirtschaftlichem Weitblick.

Bei der Beratung der Kredite für Syrien wurde im Pariser Parlament hervorgehoben, daß die Ausgaben dort innerhalb der kurzen Zeit seit dem Waffenstillstande erheblich höher seien als die für Marokko für den Zeitraum von fünf Jahren. Die ständige Unruhe im Lande ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß General Gouraud das arabische Element nicht zu behandeln versteht. Die Zerstückelung Syriens in eine Reihe von genannten „Staaten" und die sinnlose Vergewaltigung Feisals in Damaskus haben unter den Arabern große Erbitterung hervorgerufen. Gouraud hofft jetzt, daß das Abkommen mit den Türken von Angora dazu beitragen werde, die Verhältnisse in Syrien zu konsolidieren.

Ungerechte Vorwürfe.

Wie ungerecht die Vorwürfe der Franzosen sind, daß Deutschland seine Staatsfinanzen absichtlich durch unangemessene Vermehrung der Beamten ruiniere, beweist ein Vergleich der jetzigen Zahl der französischen Regierungsbeamten mit der Zahl von 1914. Danach haben sich z. B. die Beamten im Ministerium für Handel und Industrie von 124 auf 203, im Ministerium des Auswärtigen von 266 auf 426, im Unterrichtsministerium für die Handelsmarine von 100 auf 447, im Ministerium für Pensionen gar von 34 auf 4283 (!), im Finanzministerium von 1771 auf 6943 (!) vermehrt, wozu bei letzterem noch an 500 Beamte zur Verwaltung der Depots hinzukommen. Diese Zahlen hat sich nicht etwa die böse deutsche Propaganda aus den Fingern gesogen, sondern sie entstammen dem „Journal Officiel" der französischen Republik vom 8. April 1921.

Die Mitteilungen der „Germania".

Die Zentrumsfraktion als solche, insbesondere ihre Vorsitzenden, hat bekanntlich jeder Stellungnahme zu den in den letzten Tagen in der Zentrumspresse veröffentlichten Aufsehen erregenden Mitteilungen über neue Verhandlungsmöglichkeiten mit der Entente vollständig fern. Insbesondere ist die Fraktion und deren Vorsitzender in keinerlei Verbindung zu bringen mit den in der „Germania" an die vorstehend gekennzeichneten Mitteilungen geknüpften Betrachtungen. Insbesondere gilt dies von dem in Nr. 188 veröffentlichten Artikel: „Das Reichskabinett und die neue Lage".

Nochmals der beiyche Handelsstreig.

Wir hatten in Nr. 31 vom 20. Januar d. J. die Meldung gebracht, daß die Stadt Antwerpen eine Subvnition auf Hochspannungskabel ausgeschrieben und dabei ausbedungen habe, daß die erforderlichen Materialien nicht deutscher oder österreichischer Herkunft sein dürften. Wie uns erfahren, hatte eine von belgischen Seite veranlaßte Prüfung der Angelegenheit zur Folge, daß der Rat von Antwerpen in Abänderung dieser ursprünglichen, ausgesprochen gegen Deutschland gerichteten Bedingung einen Beschluß faßte, nach welchem in Zukunft die öffentlichen Ausschreibungen der Stadt Antwerpen folgende Klausel enthalten müssen: Ausgeschlossen von der Ausschreibung sind Personen, die wegen Handels mit dem Feinde oder wegen Verbrechen oder Vergehen gegen den Staat verurteilt worden sind.

Japan und die Mandatsfrage.

Paris, 16. April. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Tokio beabsichtigt die japanische Regierung, sich vor der Bannerung der amerikanischen Note über die Mandatsfrage mit Frankreich und England in Verbindung zu setzen.

Ohne Bürgschaften keine Verhandlungen.

Drahtmeldung.

Unsere gestrige eigene Drahtmeldung über die Pariser Kammersitzung ergänzen wir durch folgende W. T. B.-Meldung:

Paris, 15. April. (W. T. B.) Vor dem Kammerausschuß für Auswärtige Angelegenheiten erklärte heute Briand, einer Waffenstillstandsvorlage, daß, wenn Deutschland bis zum 1. Mai neue Angebote mache, er es nicht übernehmen würde, mit den deutschen Vertretern in neue Verhandlungen einzutreten, ohne vorher Bürgschaften erhalten zu haben, um auf diese Weise eine Festigung der auswärtigen Politik (!) zu verhindern, die das Reich sonst zu betreiben versucht wäre. (!)

In Beantwortung einer Anfrage sagte Briand, daß er sich weigere, Unterhandlungen durch Mittelspersonen anzuknüpfen, ganz gleichgültig, wer diese seien. Wenn Verhandlungen stattfänden, so werden sie direkt geführt zwischen den Vertretern der Entente und denen der deutschen Regierung.

Was die Wiedaufbauen anbetrifft, die getroffen werden können, falls Deutschland sich auf seiner Weigerung beharrt (?), seinen Verpflichtungen nachzukommen, so teilte Briand dem Ausschuß mit, daß diese Frage ganz besonders die Aufmerksamkeit der Regierung in Anspruch genommen habe. Sie habe bereits einen Gesamtplan ins Auge gefaßt, der aber nur im Einvernehmen mit den andern Alliierten und erst nachdem diese darüber gefragt seien, in Anwendung gebracht werden könne. Die Prüfung dieses Planes wird von den Ministerpräsidenten und Außenministern der übrigen Ministerien und Sachverständigen energisch betrieben.

Briand versicherte, daß auf alle Fälle, wenn Frankreich neue Opfer bringen müsse, wie z. B. durch die Räumung einer oder zweier Jahresklassen infolge der Hinausschiebung der Besetzung in Deutschland, diese Opfer sofort kompensiert würden. Die besetzten Gebiete würden so organisiert werden, daß Erhebungen sofort vorgenommen werden könnten und Frankreich sichere Bürgschaften für die Gutmachung der Schäden erhalte.

Auf eine Anfrage, betr. den Zeppelin, der angeblich Oberschlesien überflogen habe, erklärte der Ministerpräsident, daß ihm über die Angelegenheit nichts bekannt sei. Er wurde jedoch durch diese Anfrage veranlaßt, sich über die Folgen der Volksabstimmung in Oberschlesien auszusprechen. Er gab an, daß der Vertrag von Versailles wie auch der zum Ausdruck gekommene Wille der Bevölkerung das Recht (!) gebe, eine Teilung des Rüstungsgebietes vorzunehmen, und zwar in der Art, daß man Polen die Gruben und die industriellen Bezirke zuweise, und Deutschland die landwirtschaftliche Zone.

Bezüglich der neuen Vorschläge, die Deutschland vor dem 1. Mai machen könnte, erklärte Briand, daß aller Wahrscheinlichkeit nach dieser Vorschlag sich in der Hauptsache auf Arbeitskräfte und Materialien beziehen würde. Er gab zu verstehen, daß diese Art der Reparation günstig aufgenommen werden könnte, jedoch unter der Voraussetzung, daß die deutsche Regierung einen genauesten Plan zur Zusammenarbeit vorlege, als dies in Spaa geschehen sei.

Paris, 16. April. (Eig. Tel.) Dem „Echo de Paris" zufolge ist von Marschall Foch ein Gutachten über die militärischen Erleichterungen von Lonchour eine Denkschrift über wirtschaftliche Folgen der eventuell vorzunehmenden neuen Sanktionen ausgearbeitet und dem Ministerrat unterbreitet worden.

Foch schätzt die Streitkräfte, die für den Anfang nötig wären, auf nicht über 50 Prozent der bis zum 1. April im Rheingebiet befindlichen Armeebestände. Hierfür würde die Einberufung der Klassen 1916 und 1919 genügen. Was die Grenzen des zu besetzenden Gebiets anbelangt, so könnte sich die Besetzung über das eigentliche Ruhrgebiet hinaus, teilweise bis zu den Jungbunzlauer Werkstätten, erstrecken. Jenseits dieser Linie wäre einer weitgehenden Steigerung der Brennstoffförderung und der industriellen Produktion im Ruhrgebiet auf. Nach seinen Berechnungen müßten dabei der Reparationskasse jährlich drei Milliarden Goldmark zufließen.

Die Schweizer Neutralität.

zu. 15. April. (W. T. B.)

Im Nationalrat begründete Schenkel (Soz.) eine Interpellation über die Angelegenheit von Sprecher, die Fundstelle Scharrer beantwortete. Nach den Akten, die sie im Militärdepartement vorhanden sind, ist es richtig, daß im Jahre 1907 zwerst den deutschen und nachher auch österreichischen Seite eine Anfrage an die Schweiz gestellt wurde, wie sie sich im Falle eines europäischen Krieges verhalten werde. In den Verhandlungen mit dem österreichischen Oberst Herlicka hat der schweizerische Generalstabschef erklärt, daß die schweizerische Neutralität jeder Teilnahme an einem Kriege ausschließe, daß daher die Schweiz in Ruhe gelassen werde, und daß im Falle eine feindlichen Angriffes die Schweizerische Armee ihre Pflicht tun werde, um die Unabhängigkeit des Landes zu verteidigen. Diese Verteidigung werde in der Weise durchgeführt werden, wie sie die Schweiz für nötig erachte.

Bei den Besprechungen von Oesterreich und Deutschland sind keinerlei Abmachungen getroffen worden, die irgend eine Bindung der Schweiz zur Folge gehabt und den verantwortlichen Behörden und dem Schweizer Volke die Freiheit des Handelns genommen hätten. Ende des Jahres 1916 und Anfang 1917, als die Frage an der Westfront sich plötzlich gestaltete, führte die Schweiz Verhandlungen sowohl mit Frankreich wie mit Deutschland über die Möglichkeit einer Sicherung der Transporte nach der Schweiz im Falle der Aenderung der Kriegslage. Der Bundesrat wird seine bisherige Neutralitätspolitik weiterführen und Verbesserungen treffen, um sie einen festen Fuß gesichert zu sein. Gewisse Besprechungen sind unverweislich, aber der Bundesrat wird niemals sich in Verhandlungen einlassen, die irgendwie den Grundsatz der schweizerischen Neutralität überhaupt in die Diskussion ziehen. Er wird unter keinen Umständen irgendwelche Bindungen eingehen, die die Bundesversammlung und das schweizerische Volk der Verhandlungsfreiheit berauben könnten. Der Interpellant erklärte sich von der Auskunft nur teilweise befriedigt, da der Bundesrat es unterlassen habe, gegenüber auf die Darlegungen Herlicks einzugehen.

Die Aeußerungen beziehen sich auf die Bemühungen Fochs, die Schweiz dazu zu veranlassen, unter Aufgabe ihrer Neutralität den Durchtransport der Völkerbundstruppen nach Wilna zuzulassen.

Das deutsche „Ersuchen" um Vermittelung

■ **Basel**, 16. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der schweizerische Bundespräsident Schulthess gewährte den Vertretern des „Petit Parisien" und des „Journal" eine Unterredung, in deren Verlauf er die Meldungen von einem Ersuchen der deutschen Regierung, in der Wiedergutmachungsfrage eine amerikanische Vermittlung anzurufen, als vollkommen falsch bezeichnet.

Dr. Simons habe ihm in der Besprechung die Frage der Reparationen als ein Weltproblem bezeichnet, welches die ganze wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse berührte, Deutschland sei bereit, bis an die Grenze des Möglichen zu gehen; eine Intervention habe jedoch Dr. Simons nicht erbeten.

Bundespräsident Schulthess hält eine Lösung des Problems nicht für unmöglich, doch müsse dieser von den interessierenden Parteien selbst gefunden werden. Weitere Ausführungen über die Frage der Reparationen lehnte Bundespräsident Schulthess mit Rücksicht auf seine Eigenschaft und seiner Stellung als Oberster Beamter einer neutralen Macht ab.

Holland und die „Sanktionen".

Die Niederländische Handelskammer für Deutschland teilt und folgendes mit:

Es wird durch einige Deutsche Tageszeitungen die Mitteilung verbreitet, daß die Niederländische Handelskammer für Deutschland mit Rücksicht auf die Sanktionen, die bei der Einfuhr von deutschen Waren in einem Teil der früheren Ententeländer erhoben werden soll, Mitteilungszeugnisse abgegeben hätte.

Die Niederländische Handelskammer legt den allergrößten Wert darauf, diese Mitteilung zu dementieren, da sie sich in Gegenteil gegen die Abgabe von Ursprungszeugnissen, durch wen es auch sei, ausgesprochen hat. Die Niederländische Handelskammer würde es im Gegenteil sehr bedauern, falls im neutralen Auslande die Mahnahmen der Entente, die sich weder auf den Vertrag von Versailles fußen, noch durch das allgemeine Völkerrecht erlaubt werden, Folge finden würden.

Die Niederländische Handelskammer kann sogar mit größter Genugtuung feststellen, daß die niederländische Regierung sich bis jetzt auch jeder Bemühung auf diesem Gebiete strengstens entsagt hat.

Die Handelskammer hat im Interesse ihrer Mitglieder die Ausführung bereits laufender Verträge vor dem 16. April, also vor dem endgültigen Inkrafttreten der German Reparation Bill, beantragt.

Preußischer Landtag.

Sonnabend, 16. April, mittags 12¼ Uhr.

Das Haus und die Tribünen sind gut besetzt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Katz (Komm.) heute den Bericht des Rechtsausschusses über den Antrag Eichrich auf Haftentlassung Abg. Wislicenus (Komm.) und über die Immunität der Abgeordneten im besetzten Gebiet auf die Tagesordnung zu setzen. Der Rechtsausschuß hat den Antrag angenommen.

Abg. Dr. Deerberg (D. Nat.) erhebt gegen den Vorschlag Katz Widerspruch, da zunächst die einzelnen Fraktionen sich mit der Angelegenheit beschäftigen müssen.

Abg. Steudel (D. V.) schließt sich dem Widerspruch des Vorredners an. Die schwierigen Fragen müsse unter allen Umständen zunächst in den Fraktionen beraten werden.

Abg. Koch (Komm.), Brückner (Soz.) und Klodt (U. Soz.) ersuchen um Zurückstellung des Widerspruchs, da das Haus ein dringendes Interesse daran habe, die Immunität einer Mitgliedes zu schützen.

Zu Abg. Deerberg (D. Nat.) seinen Widerspruch aufrechthält, ist der Vorschlag Katz erledigt.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein.

Erster Gegenstand der Beratung ist der von Mitgliedern aller Parteien eingebrachte Gesetzentwurf über die

Entschädigung der Mitglieder

und des Präsidenten des Preußischen Landtages.

Danach erhalten die Mitglieder des Landtages für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zum Landtag und die folgenden acht Tage das Recht zur freien Fahrt auf den auf das Reich übergegangenen Strecken der ehemals preußisch-hessischen Staatseisenbahngemeinschaft sowie auf allen in diesem Gebiet gelegenen Privatbahnen und Kleinbahnen, mit Ausnahme der Straßenbahnen. Ferner erhalten sie von den Tage der den ersten Zusammentritt des Landtages an bis zum Ende des Monats, in dem der Landtag aufgelöst wird oder in dem seine Wahlperiode abläuft, eine Aufwandsentschädigung von monatlich 1500 Mark, die an jedem Monatsanfang im voraus zu zahlen ist. Tritt der Landtag länger als eine Woche nicht zu einer Sitzung zusammen, so erhalten die Mitglieder für jede Woche an Kommissionen und Ausschüssen noch ein Tagegeld von 50 M. Fehlenden Mitgliedern werden für jeden Tag des Fehlens 50 M abgezogen. Der Abzug findet nicht statt, wenn der Abgeordnete am gleichen Sitzungstage einer Ausschußsitzung beigewohnt hat, oder, wenn das Fernbleiben durch Krankheit oder durch Geschäfte im Interesse des Landtags veranlaßt ist. Die Entscheidung darüber, ob diese Voraussetzungen vorliegen, trifft der Präsident.

Weitere Bestimmungen beziehen sich auf die Anrechnung von Entschädigungen der Doppelmandatare.

Der Landtagspräsident erhält für die Dauer seines Amtes außer der sonstigen Entschädigung eine Aufwandsentschädigung von monatlich 2500 Mark.

Der Gesetzentwurf wird ohne Erörterung dem Hauptausschuß überwiesen.

Es wird sofort das Haus die Besprechung der Anfragen und Anträge betreffend die

kommunistischen Aufstände in Mitteldeutschland

usw. Die Redezeit für die zweite Rednerliste ist auf je eine Stunde bemessen.

Abg. **Oeftervoß** (Soz.):

An unserer Tagesordnung interessieren hauptsächlich die Anträge der Kommunisten. Wir begrüßen es recht, warum he nicht auch eine lebendige Persönlichkeit der Mitglieder Z. 1 kennen haben. (Große Heiterkeit.) Nachdem der Abgeordnete Oeftervoß den ganzen Reihe ähnlicher Ehrenmänner zu Mitarbeitern des Ministeriums erhoben hat, muß auch Pölz dieser Ehre teilhaftig werden. Wenn Bergmannsgroschen Peter Zimmer hat gestern der Abgeordnete Frenken eine „feine Kratze" einen „Schuft" genannt. Zimmer steht in einem Verhältnis wenigstens über demjenigen, der ihn gestern so benannt hat. Peter Zimmer ist ein Kämpfer Gottes-Unterlimmer, ein ehrlicher Invalide der Arbeit. Wie ist es Z. 1 ergangen im Bergarbeiterbrief, ist mit Hue, Hulsemann, Sachte verhaftet herausgeht, er hat für die Sydnum des Bergarbeiterbundes, für seine Betreuung und seine Verhältnisse unablässig ihn

A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Reichshauptstadt.

Die Dame und der Jüngling.

Ein Untergrundbahnerlebnis.

Die Untergrundbahn ist, wie jete, überfüllt. Selbst die bekannte und mit Recht so beliebte Eisenbahn kann heute selten Willen nicht zur Erde fallen. Einer meiner fünfzehn unmittelbaren Nachbarn scheint Philosoph zu sein. Zu tiefem Grübeln verfucht er, zu Boden zu starren. Da ihm das nicht gelingt, begnügt er sich mit meiner Schulter. So intensiv, als ob er zwei Löcher hineinbohren wollte. Nach sechs Stationen ist er erreicht. Sekunde länger geftiert (Verzeichung geftattet), wäre das Loch dagewesen. Gefrickelt hatte es schon fest verdächtig. Tiefsinnig stellt er dann fest: „Wissen Sie, jetzt kann ich mir vorstellen, wie einer Sardine in Öl zumute ist." Ich konnte ihm mit bestem Gewissen beipflichten.

Ganz in der Ecke steht eine behäbige Dame mit recht stattlichem Umfang. Ich bedaure sie, daß sie so in die Enge gemeßelt wird, und schaue voll innigen Mitleids zu ihr hinüber. Doch mein Mitleid schwindet sehr schnell. Hinter ihr taucht das schmerzverzerrte Antlitz eines Jünglings auf. Verzweifelt wirft er mit Blicken um sich, schreiben Grimassen wie die selige Miß im Zoo und versucht, hinter dem Rücken der behäbigen Dame Stimmen zu tanzen. Mich schmerzt sein Leiden in tiefster Seele. Zu dem Philosophen äußere ich meine Befürchtungen, er hat aber auch keine Zwangsjacke da.

Endlich, endlich, leert sich der Wagen etwas; ein Umstand, der die behäbige Dame veranlaßt, einen Schritt vorzutreten. Hinter ihr der Jüngling atmet auf, jieht ein vielleicht zehnfaches Lächeln aus der Tasche und weidet sich Luft zu. Stimmt scheint es zu kommen, jetzt aber er nur noch Fortretts; er scheint aber doch leidlich normal zu sein. Auch wir atmen auf, jemal wir noch fünf unmittelbare Nachbarn haben. Unser Gleichtänzer ist allmählich ganz zur Vernunft gekommen, nur ab und zu fleht er verstohlen, stehend, auf seine Füße. Da wendet sich die behäbige Dame mit wohlwollendem Lächeln zu ihm: „Geht sie fort, daß die Leute ausgetagen sind." Es war ja ersichtlich, der volle Wagen. Denken Sie nur, ich habe die ganze Tour nur auf einem Fuße gestanden!"

„Ja", meint der Jüngling trocken, „und das war meinerl"

Ein unaufgeklärter Todesfall, dem ein Raub vorangegangen sein soll, wird aus der Gegend des Schlesischen Bahnhofs gemeldet. Nach den bortigen Feststellungen wurde in der vergangenen Nacht der Arbeiter Karl Seifert gebracht, der schwer verunfalt war. Er wurde in seiner eigenen Sicherheit aufgenommen. Auch im Laufe der Nacht starb er, nach ärztlichem Gutachten an den Folgen übermäßigen Alkoholgenusses. Die Leiche, die ihn der Wache zuführten, teilten mit, daß der Mann in der Berunkenheit überfallen und seiner Barschaft beraubt worden war. Da die Räuber ihn zum Zweck der Ausplünderung vorrunter gemacht und verschleppt haben, bedarf noch der Aufklärung.

Zwei mutmaßliche Kindesmorde beschäftigen wieder die Kriminalpolizei. Zwischen der Fahrer- und Seestraßenbrücke wurde die Leiche eines neugeborenen Mädchens aus dem Wasser gezogen. Es landet. Sie lag in einem braunen Pappkarton, der bereits aufgeweicht und mit einem Pflasterstein beschwert war. — In der Kleinen Markusstraße fand man in einem Hausflur die Leiche eines neugeborenen Mädchens, die in Papier eingewickelt war.

Das geheimnisvolle Spirituslaß. Ein raffinierter Gauner trieb, mit welchem ein hiesiger Restaurateur am 31.000 Mark geprellt wurden war. Im einer Anzahl von Jahren Betruges zugunsten, welche den Kutscher Alwin Vogel vor die 5. Strafkammer des Landgerichts III führte. Am 27. Juli 1929 kaufte der Restaurateur Artur Riedel in Lichtenberg von einem Moser Emil Döring ein Faß Spiritus, welches angeblich 520 Liter desten Spirit enthalten sollte, zum Preise von 31.000 Mark. Riedel ging bei einem so hohen Objekt begreiflicherweise sehr vorsichtig zu Werke und entnahm mittels eines Steckheberls aus dem Spundloch des Fasses eine Quantität Spirit, um ihn nachzumessen. Als er dann einen Milchlauf in den Spund hineinsteckte, kamen noch einige spärliche Alkoholtropfen, dann versiegte die Quelle, obwohl das Faß noch sehr schwer war und offenbar Flüssigkeit enthielt. Eine genaue Untersuchung des Fasses ergab, daß geschickte Gauner heimlich eine Zinkröhre in das Faß eingebaut und diese mit einem ganzen Liter Spiritus gefüllt hatten. Gegen Döring wurde Anklage erhoben, da er aber nachweisen konnte, daß er das Faß selbst in guten Glauben erworben hatte, wurde er freigesprochen. Als wirklicher Täter wurde der jetzige Angeklagte Vogel ermittelt. Das Gericht erkannte auf zwei Jahre drei Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust.

31,5 Millionen für Siedlungsbauten.

Ein Generaldirektor für Städebau.

Die städtische Deputation für das Siedlungs- und Wohnungswesen hat in ihrer gestrigen Sitzung eine Reihe bedeutungsvoller Beschlüsse gefaßt. Es wurde grundsätzlich beschlossen, die Stelle eines Generaldirektors oder Generaldezernenten für Städebau und Siedlungswesen zu schaffen, dem die gesamte technische Leitung der Bebauungspläne und damit die Leitung des gesamten Zentralamts für Städebau und Siedlungswesen übertragen werden soll. Es wurde ferner beschlossen, die Stelle unter den bestehenden Bedingungen öffentlich zu ausschreiben. Als leitig wurde anerkannt, daß die einheitliche Leitung der Stadterweiterung für das ganze Berlin sichtbarlich in die Wege geleitet werden müsse.

Die Siedlungsdeputation stimmte ferner den vom Siedlungsausschuß bereits **Mitteln 8 Millionen Kostenzuschüssen für Kleinhausbauten** und Kleinwohnungen zu. Es wurden von den für diese Zwecke bereitgestellten 84 Millionen Bauarbeiten zunächst 31,5 Millionen für 12 verschiedene große Siedlungsunternehmen bewilligt. Mit dem Vorsitzenden des Siedlungsbeirat wurde die Deputation als Berliner Berlin den Vorsitzenden, Stadtrat Wugki, und den zu wählenden Vorsitzenden für Städebau, Exzellenzminister Regierungsbaumeister Jänecke und Dr. Ing. Hellgendorf, sowie den Stadtverordneten Dr. Weinberg, vom Preußischen Landtag. Für diesen Siedlungsbeirat bereits ernannt worden: Baukinstector Schwarzer, Reichsarbeitsministerium Brodersen und Professor Bruno Eberstadt.

Das Ende der Neukölner Selbstständigkeit. Mit dem 30. September 1920 hatte die Selbstständigkeit der Neukölner Stadt ihr Ende gefunden. Die Erfolgsnummer Regierungsbaumeister Jänecke und Dr. Ing. Hellgendorf, sowie den Stadtverordneten Dr. Weinberg. Vom Preußischen Landtag. Für diesen Siedlungsbeirat bereits ernannt worden: Baukinstector Schwarzer, Reichsarbeitsministerium Brodersen und Professor Bruno Eberstadt.

Levi aus der Partei ausgeschlossen.

In der „Roten Fahne" teilt die Zentrale der K. P. D. mit, daß sie in ihrer Sitzung vom 15. Mrzl Paul Levi wegen groben Vertrauensbruchs und schwerer Parteischädigung aus der Partei ausgeschlossen und ihn außerdem bat, sein Reichstagsmandat niederzulegen.

Weil Levi Moskau nicht parierte, flog er aus der Zentrale. Weil er jetzt die Zentrale zu kritisieren wagt, fliegt er aus der Partei. Die Kommunisten haben eben einen Führer brauchen, die keine eigene Meinung (am besten keinen eigenen Verstand) haben. Zuhelmer Wohnungsnot nach an. Auch die Lebensgebarung der „Roten Fahne" zum Ausschluß Levis heute schon folgendermaßen das neue „oberste Gesetz", den unbedingten politischen Kadavergehorsam:

„Mit Paul Levi trennt sich die Partei nicht nur von einer Person, von einem einzelnen Führer, sondern von der Vergangenheit einer Partei- und Kampfdisziplin, die nicht straffgenug war. Mit dieser Vergangenheit verpflichtet sie sich zu einem neuen Gesetz der Disziplin in den einzelnen Reihen oben wie unten."

Ob freilich Levi Ursache hat, sich über diese Behandlung zu beklagen, ist eine andere Frage. Die „Rote Fahne" weist mit Recht darauf hin, daß Herr Levi vom seiner Mitarbeiter Kriße als begeisterter „Putschist" zurückgekehrt ist. Nur scheint dieses Feuer der Begeisterung nicht lange genug angehalten zu haben. Das eine aber hatte er allerdings wissen müssen, daß in der kommunistischen Partei Deutschlands die deutschen Führer nichts und die Moskauer Zentrale alles zu sagen hat. Dieser Zustand ist mit sein eigenes Werk. Da es die Zentrale klüglich abgelehnt hat, einen Hartenstein zu übernehmen, auf dem es ihr ebenso an der Leiter fehlte, wie vorher, werden die Folgen des Ausschlusses Levis aus der Partei nach außen hin sich vielleicht vorläufig nicht in dem Maße bemerkbar machen, wie das innerhalb der Partei der Fall sein wird.

Reorganisation des Eisenbahnwesens.

Auf Veranlassung der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung sprach der Staatssekretär Stieler von Reichsverkehrsministerium über die Reorganisation des Eisenbahnwesens. Er wies darauf hin, daß die Eisenbahnnot sowohl in technischer wie in finanzieller Hinsicht heute eine europäische Not sei, unter der nicht nur die einzelnen Bahnen, sondern auch die neutralen Länder leiden. Trotzdem sich den Wiederaufbau des Eisenbahnwesens Schwierigkeiten über Schwierigkeiten in den Weg stellten, keine erreichte eine Besserung eingetreten. Die Schwierigkeiten im Betriebe sind zu einem großen Teile behoben, der Güterverkehr, der im Winter 1919/1920 aus mußten bedroht war, hat sich erreicht gehoben. Sorge bereiten jedoch die Finanzlage und die Lösung des Verkehrswesens. Empfindliche Tariferhöhungen sind unvermeidlich geworden. Es liegen Anträge Fortfalles der Ausnahmetarife auf und der Bestimmungen des Friedensvertrages die Zahl für Lokomotiven für die Verkehrsbindung Königsbütte—Stettin um 5296 % für die Verkehrsbindung Essen—Hamburg um 4795 %. — Es ist Tatsache des rollenden Materials sind immer noch sehr hoch. Beispielsweise kostet eine Lokomotive, die in der Friedenszeit für 30.000 ℳ geliefert wurde, jetzt 300.000 ℳ. Immerhin ist trotz Erhöhung der Kostenpreise mit einer Preissenkung für Lokomotiven und Wagen zu rechnen.

Aus aller Welt.

Verpfändung des Schmalzkuges Wien—Berlin.

Der Zunftkug Wien—Berlin ist gestern nachmittag nicht zur fahrplanmäßig festgesetzten Zeit in Graz eingetroffen. Es hat, wie auf der Zugbahn des Wiener Bahnhofs bekannt geworden, wegen eine dreiviertelstündige Verspätung erlitten. Ueber die Ursache dieser Verspätung ist ihm nichts bekannt.

Schnee in Westdeutschland.

Aus Kassel wird gemeldet: Der während der Nacht eingetretene starke Schneefall hat große Störungen im Fernsprechverkehr hervorgerufen. Viele Schadstellen sind gefürzt, die Fernleitungen sind teilweise unterbrochen. Gleichzeitig erhalten wir aus Essen folgenden Bericht: Nach dem heißen Wetter der letzten Tage ist plötzlich ein Wintersumsinfolge eingetreten. Es hat es fast den ganzen Tag geschneit, und die Landschaft bietet bei 1 Grad über Null ein winterliches Bild.

Harmlose Diebe.

Aus der Unterwäsche in Ottendorf in Sachsen-Altenburg sind zwei vierten Male sämtliche Textilwaren gestohlen worden. Der Geschädigte hat nunmehr auf die Ermittelung der Diebe eine Belohnung von 3000 ℳ ausgesetzt.

Mord und Brandstiftung eines Irrsinnigen.

In dem bei Rybnik gelegenen Dorf Schöten hat ein 18 Jahre jüngster Sohn seiner bisher ruhend Wohl Wohlgegen in einem Irrsinnsanfall seine achtjährige Enkelin, während sie mit Schularbeiten beschäftigt war, durch mehrere Revolverschüsse in den Kopf getötet. Die zur Hilfe herbeieilende Mutter, auf die der Unheil nicht zur zu sprechen war, versetzte er durch einen Streifschuß am Kopfe. Nach der Tat flüchtete sich der Mörder in die Scheune, die er in Brand steckte. Er ist in den Flammen umgekommen. Das Gebäude ist niedergebrannt.

Neue Bücher.

Stätistisches Handbuch für den hamburgischen Staat, herausgegeben vom Statistischen Landesamt. (Verlag L. Friederichsen u. Co., Hamburg. Preis gebunden 33 ℳ.) Mit diesem Handbuch wird dem gerade in der gegenwärtigen Zeit so hoch bewertenden Bedürfnis nach schnellem Ueberblick über die einzelnen Gebiete unseres Wirtschaftslebens entsprochen — ist doch bei 30 Jahren kein statistisches Handbuch von Hamburg erschienen. — Es bringt in 16 Hauptabschnitten in zahlenmäßiger Feststellung alles Wissenswerte aus dem weiten Gebiet der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens. Die Angaben schließen sich an das letzte, im Jahr 1891 erschienene Handbuch an und sind teilweise bis zum Jahr 1920 fortgeführt; einer Anzahl von Tabellen ist eine große Anzahl bisher unveröffentlichter statistischer Angaben, besonders aus der Kriegs- und Nachkriegszeit.

Otto Bürger: Chile, als Land der Verheißung und Erfüllung für deutsche Auswanderer. Eine Landes- und Wirtschaftskunde. 272 S. Geh. 21,— M., geb. 28,— M. Dieterichsche Verlagshandlung, Leipzig.

Unter den südamerikanischen Republiken, welche seit Jahrzehnten die deutschen Auswanderer besonders anzogen, nimmt Chile einen hervorragenden Platz ein. Die Deutschen haben in diesem Lande als Kolonisten in akademischen und anderen Berufen große Erfolge errungen, und es ist verständlich, daß unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen in Deutschland Tausende ihre Zukunftshoffnung auf dieses Land setzen. Professor Dr. Otto Bürger ist ein guter Kenner Chiles und er gibt eine gründliche Landes- und Wirtschaftskunde dieses Landes. An der Hand neuester, bisher noch nicht veröffentlichten Materials und unter Benutzung aller einschlägigen Literatur zeigt der Verfasser die politische und wirtschaftliche Vergangenheit, dann die Bedeutung in der Weltwirtschaft und zuletzt Chile als Einwanderungsland. Dieses letztere Kapitel wird natürlich besonders interessieren, und ihm ist zu entnehmen, daß die Aussichten für Einwanderer nur dann erfolgreich sind, wenn man mit Geld und einem Kontrakt in das Land kommt. Ganz besonders dem Techniker und Ingenieur eröffnet Chile ein weites zukunftsreiches Feld. Das Los der jungen Kaufleute hängt davon ab, wie das deutsche Geschäft in Zukunft sich entwickeln wird. Das Handwerk findet in Chile heute noch einen goldenen Boden, der Arbeiter darf aber nur dann auf eine günstige Zukunft rechnen, wenn er etwas Tüchtiges gelernt hat. Besonders begehrt sind alle Arten Metallarbeiter. Der Verfasser weist noch besonders darauf hin, daß der Einwanderer nur auf die eigene Kraft bauen muß. Eine spezielle Fürsorge in Sachen von Versicherungen, Renten und Unterstützungen erwartet ihn nicht.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1924. Der 41. Jahrgang des Statistischen Jahrbuches für das Deutsche Reich schickt sich in Form und Inhalt im wesentlichen in gleicher Weise an. Die Wichtige „Auswärtiger Handel", die „Deutschen Schutzgebiete" und einige andere fehlen auch in diesem Jahre, da bestimmte Zahlen nicht vorliegen. Im allgemeinen sind die Ueberschriften bis auf die neuesten Zahlen fortgeführt. In dem Abschnitt „Gebietsentwicklung und Bevölkerung" ist ein neues Abschnitt eingefügt, der die wichtigsten Zahlen über die Abtretungs-, Abstimmungs- und Besetzten Gebiete Deutschlands bringt. Die Ueberschriften über Lohnstagen sind erheblich erweitert, im Abschnitt „Werkbes" ist die Nachweisung über den Bestand der deutschen Seefahrtsschiffe fortgelassen. Der Abschnitt „Versicherungsbetriebe" enthält eine neue Uebersicht über „Beamtenversicherung" und eine über „Arbeiterversicherungsanstalten". Auch sonst noch ist dieses und jenes neu aufgenommen oder erweitert, anderes fortgelassen worden.

An graphischen Beilagen enthält der Jahrgang zwei Zaleln, auf denen die Entwicklung der Wohlbeteiligung und der Parteiverhältnisse bei Wahlen für sämtliche Wahlen zum deutschen Reichstag bei der Gründung zur Darstellung gebracht ist, und eine Tafel mit 7 Ueberschriftkarten über die bei der letzten Reichstagswahl am 6. Juni 1920 den größeren Parteien in den einzelnen Wahlkreisen zugefallenen Stimmen.

Professor Dr. Fritz Stier-Somlo: Verfassung des Freistaates Preußen. 312 S. Beziehung wissenschaftlicher Verleger, Berlin.

Herbert Wichmann: Im Zeichen der vorläufigen Revolutionsdokumente. 400 S. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin.

Sport.

Unsere Voraussagen:

Rennen zu Köln.

Sonntag, den 17. April.

1. Rennen: **Stall S. Weinberg — Cavalade.**
2. Rennen: **Madam — Citona.**
3. Rennen: **Gilgenburg — Eberhehe.**
4. Rennen: **Wallenstein — Mayoppa — Hallunke.**
5. Rennen: **Cristus — Clemenzhe.**
6. Rennen: **(Reichsflum) — Mentor II — Raven.**
7. Rennen: **Gilgenburg — Selmy — Dorchen.**

Rennen zu Leipzig.

Sonntag, den 17. April.

1. Rennen: **Bullmacht — Brile.**
2. Rennen: **Aleite — Gerhild.**
3. Rennen: **Salonili — Walter Rouge.**
4. Rennen: **Märchen — Cyaches-Jürstin.**
5. Rennen: **Zallenhaus — Tanz.**
6. Rennen: **Lalili — Demetrius.**
7. Rennen: **Sauerfee — Sylda.**

Rennen zu Frankfurt a. M.

Sonntag, den 17. April.

1. Rennen: **Sowno II — Ebbe.**
2. Rennen: **Cristus — (Gelsenschaum) — Tilpel.**
3. Rennen: **Irrlbach — Raufbold.**
4. Rennen: **Boros — Madder River.**
5. Rennen: **Kofel — Kuischdinus.**
6. Rennen: **Stella II — Rattalmüller.**

Trabrennen zu Berlin-Mariendorf.

Sonntag, den 17. April.

1. Rennen: **Zukunft — Wilhelmine.**
2. Rennen: **Marksein — Bingen jr.**
3. Rennen: **Toni G. — Zeug Karl.**
4. Rennen: **Stall Kleusner — Barbe.**
5. Rennen: **Wiedehopf — Brachtmädel.**
6. Rennen: **Siberus — Kultsonator.**
7. Rennen: **Albatros — Erbstwurst.**
8. Rennen: **Alexmühlen — Pistole.**

9 Berliner Sonntagsport.

Pferdesport. Der Galopppport ruht am Sonntag in der Reichshauptstadt mit Rücksicht auf die Rennen in der Provinz. Dagegen lehnt Mariendorf den Trabersportfreunden um 2 Uhr seine Pforten; als bedeutendste Prüfung steht das mit 20.000 ℳ ausgestattete Buddenbrock-Rennen, eine Verdyvorprüfung, auf dem Programm.

Radsport. Auf der kleinen Treptower Rennbahn, dem „Rudderlog", treffen Appelhans, Krupat, Thoma's und der Holländer Snoet in 2 Dauerrennen über je 40 km aufeinander. Krupat zeigte gutes eine verbesserte Form, Thoma's ist bisher gleichmäßig gut gefahren, Appelhans sehen wir in Appelhans den Sieger. Der Chsperzke hat sich von seinem Sturz gut erholt und repräsentiert die beste Klasse; der Holländer dürfte gegen die Morgenmannen einen schweren Stand haben. Das Programm wird durch Flügerrennen vervollständigt.

Fußballsport. Die Berliner Oberligaspiele bringen interessante Kämpfe, die für den Ausfall der V. B. B.-Meisterschaft von entscheidender Bedeutung sein können. Minerva dürfte auf eigenem Platz gegen Preußen einen harten Stand haben, während der Ausgang der beiden anderen Spiele, Union 92—B. T. B. Nordon und Vorwärts—Union-Oberschöneweide, völlig ungewiß ist.

Boxen. Um die Berliner Meisterschaft jehen sich B. T. B. 58 und B. S. C. sowie B. S. C. und B. Sp. V. 92 gegenüber. Beide Begegnungen dürften harte Kämpfe bringen.

Leichtathletik. Die Leichtathleten betreiben den Werbelauf Rundum um Friedrichshain und Rund um das Tempelhofer Feld; kleinere Veranstaltungen finden in Rudolfin statt.

Turnen. Ein Schauturnen der Turnerinnen des Gaues Brandenburg (Deutscher Turnerbund) findet statt, Sonntag, den 17. d. M., in der jüdischen Turnhalle, Gormannstraße 4, statt. Beginn des Turnens nachmittags 3 Uhr, das durch allgemeine Freiübungen eingeleitet wird. Es folgt dann ein geregeltes Turnen an den verschiedenen Geräten, Sonderveranstaltungen im Reulenschwingen, allgemeine Spiele usw. Es sind beachtenswerte Darbietungen zu erwarten, und bei der Scheidung des Frauenturnens, welches immer größere Kreise erfaßt, wird es auch an zahlreichen Zuschauern sicherlich nicht fehlen.

Schwimmen. Der Laubschwimmschwimmverein veranstaltet wie im Vorjahre ein Schwimmfest; bei der großen Bokstätmischkeit dieses Vereins ist ein volles Haus zu rechnen.

Tennis. Der Berliner Meister Borussia trägt ein Freundschaftsspiel gegen den Bankower Tennis-Club auf seinen Plätzen an der Liepenburger Straße aus. Bei der Spielstärke der Borussen ist auf einen leichten Sieg der Blaßnjaber zu rechnen.

Sportnachrichten.

Deutsche Boxmeisterschaften. Nolauf verteidigte bei den gestrigen Kämpfen seinen Federgewichtstitel erfolgreich gegen Ubele, während Dubois in der Mittelgewichtsklasse weniger glücklich war und seinen Titel an Prenzel schon in der zweiten Runde durch Knockout verlor. Richard Nanjeck, der Leichtschwergewichtsmeister, verzichtete im Weltergewicht gegen Wiegert nach schönem Zwangsrundenkampf ein Unentschieden zu erzielen. Opelia gab bei dem internationalen Kampf gegen den Polen Cowler nach sieben Runden auf. **Ausführlicher Bericht folgt in der Sonntagsnummer.**

Nationales Wettschwimmen der Dresdner Schwimmvereine. Der Wettbeschluß zum Nationalen Wettschwimmen des Dresdner Schwimmvereins am 23. und 24. April hat folgendes Ergebnis gehabt: 39 Vereine haben insgesamt 257 Meldungen abgegeben, darunter aus Berlin, Breslau, Dortmund, Görlitz, Halberstadt, Liegnitz, Weimar, Weißenfels und Zeitz. Während die Seniorklassen nur von Dresdner Vereinen besetzt sind, haben die Eingeladenen, der allein die zahlreichen Springen. Namen von guten Klang angekündigt: Beyer, Cramer, Heinrich, Brand-Dortmund, Oberhan, Lechnit, Wund und Frl. Martin-Görlitz gemeint. Zum Wettbewerb haben außer den Dresdner Vereinen Liegnitz, Plauen 1912 und Chemnitz 32 Meldungen abgegeben. Sie werden infolge ihrer hohen Zahl und der kinnapkeit, genügend Zeit für die Vor- und Zwischenspiele zu schaffen, als Gesellschaftsspiele zum Teil mit den Springen am Sonntagvormittag ausgetragen werden.

Barometer- und Thermometerstand
bei Petitpierre, Friedrichstr. 68.

Am 15. abends	9 Uhr 744,5 mm	+ 9,0 Grad C
Am 16. morgens	7 Uhr 746,0 mm	+ 6,0 Grad C
Am 16. mittags	12 Uhr 747,5 mm	+ 9,0 Grad C

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend.

Zeitweise heiter, jedoch kühl und überwiegend bewölkt mit geringer Niederschlagsneigung und zeitlich frischen vorherrschend westlichen Winden.

Chefredakteur: **Rudolf Lanz.** — Verantwortliche Redakteure für Innere Politik: **Carl Burkhardt.** Für Kommunale Politik: **C. G. v. Wiesenhaus.** Für das Feuilleton: **Cuno Hofer.** Für den Gesellschaftlichen Teil: **Gustav Hessmert.** Für den lokalen Teil: **Dr. Rudolf Herzog.** Für den Sportteil: **Jenö v. Ujvary-Krieger.** Für den übrigen Teil des Blattes: **Dr. Hans Simon.** Für den Anzeigenteil und Geschäftliche Mitteilungen: **Paul Tels.** Gedruckt in Berlin. Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30-32

Wochenspielplan der Berliner Theater.

17. bis 24. April	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend	Sonntag
Staatliches Opernhaus (7)	Oberon (6)	Das Rheingold	Cavalleria rusticana Bajazzo	Die Walküre (5)	Mona Lisa	Siegfried (5)	Rigoletto	Götterdämmerung (4)
Staatliches Schauspielhaus (7)	Die Räuber (6½)	Die Eterne	Der Sturm	Peer Gynt (6½)	Der Marquis von Keith	Torquato Tasso	Der Sturm	Richard III
Deutsches Opernhaus (Charlottenburg, Bismarckstr. 34/37) (7)	Tiefland (Maria Labia)	Strandbad Sanssouci	Die Jüdin	Margarete (6½)	Tannhäuser (6½)	Der Postillion von Lonjumeau	Tosca	Der Zigeunerbaron
Deutsches Theater (Schauspielhaus, 15) (7½)	Cäsar und Kleopatra (6)	Woyzeck (8)	Faust I. (6½)	Cäsar und Kleopatra (8)	Woyzeck (8)	Faust I. (6½)	Cäsar und Kleopatra (8)	Cäsar und Kleopatra (8)
Kammerspiele (Schauspielhaus, 14) (7½)	Kräfte (8)	Die Büchse der Pandora	Frühlings Erwachen	Der König der dunklen Kammer	Die Büchse der Pandora	Kräfte (8) Herzstadtmann	Der König der dunklen Kammer	Frühlings Erwachen
Grosses Schauspielhaus (Hirtsch Schumann, Kurfürstenstraße und Schiffbauerdamm) (7)	Der Kaufmann von Venedig (K. H.)	Der Kaufmann von Venedig (11. Abt.)	(N.) Ein Sommernachtstraum (K. H.)	Ein Sommernachtstraum (20. Abt.)	Der Kaufmann von Venedig (K. H.)	Ein Sommernachtstraum (21. Abt.)	Ein Sommernachtstraum (K. H.)	Ein Sommernachtstraum (K. H.)
Volksbühne (Am Bülowplatz 2/4)	Engelbert Humperdinks Bescherung	Das Weibsbild Komödie der Irrungen	Antigone (7½)	Antigone (7½)	Das Weibsbild Komödie der Irrungen	Das Weibsbild Komödie der Irrungen	Kapitän Brassbounds Bekehrung	Das Weibsbild Komödie der Irrungen
Lessing-Theater (Friedrich-Wilhelm-Straße 17) (7½)	Von Morgens bis Mitternacht	Ein idealer Gatte	Von Morgens bis Mitternacht	Flamme	Von Morgens bis Mitternacht	Ein idealer Gatte	Von Morgens bis Mitternacht	Von Morgens bis Mitternacht
Schiller-Theater (Charlottenburg, Grolmanstraße 30) (7½)	Zeitchen Gebert	Zeitchen Gebert	Der ehemalige Kammerl	Zeitchen Gebert	Zeitchen Gebert	Dr. Klaus	Don Carlos	Dr. Klaus (Alt-Heidelberg)
Renaissance-Theater (Hardenbergstraße 6a) (7½)	Heidenröslein (Gesellschaftliche Verbindungen)	Jugendfreunde	Rose Bernd	Rose Bernd	Rose Bernd	Perikles v. Athen	Rose Bernd	Rose Bernd
Theater des Westens (Kantstraße 12) (7½)	Der Mann des Schicksals Komödie der Erneuerung	Der Mann des Schicksals Komödie der Erneuerung	(N.) Der Kreuzel	Der Teufel	Der Teufel	Der Teufel	Der Teufel	Der Teufel

Täglich:

Theater in der Königgrätzer Straße (Königgrätzer Straße 57/58) (Nachm. 4 Uhr) (7½)
Kleines Theater (Unter den Linden 44): Casanova's Sohn. (7½)
Thalia-Theater (Dresdnerstr. 72): Maskottchen. (7½)
Neues Operettentheater (Schiffbauerdamm): Der lachende Ehemann. (7½)
Kleines Schauspielhaus (Charlottenburg, Fasanenstraße 5) Reigen. (7½)
Komödienhaus (Schiffbauerdamm 25): Die Gabe Moses. (7½)
Berliner Theater (Charlottenstraße 90/92): Das Millionenbowlen. (7½)
Deutsches Künstler-Theater (Hiärnbergerstr. 70/73): Die Wunsch von Reich. (7½)
Theater am Nollendorfplatz (Motzstr. 80/83): Der Vater und Tingeda. (7½)
Metropol-Theater (Friedrichstraße 236): Die französische Flieger. (7½)
Walmer-Theater (Wallnertheaterstr. 35): Die Tanzgräfin. (7½)
Komischer Oper (An der Weidendammer Brücke, Friedrichstr. 104): Luderchen. (7½)
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater (Chausseestr.): Hobel die Zänzerin. (7½)
Theater des Westens (Kantstr. 12): Schwalbengeschichte. (7½)
Metropol-Theater (Behrenstraße 55/57): Die blonde Magnet. (7½)
Trianon-Theater (Georgenstr. 9): Reisen. (7½)
Zentral-Theater (Alte Jakobstraße 30/32): Die Postmeisterin. (7½)
Theater in der Kommandantenstraße: Der verzängte Adam. (7½)
Lustspielhaus (Friedrichstraße 236): Die Frau im Hause. (7½)
Rose-Theater (Große Frankfurter Straße 132): Ehrenkodex. (7½)
Renaissance-Theater (Hardenbergstraße 1a): Rose Bernd. (7½)
Theater des Nordwestens (Alt-Moabit 47): Schwalbengeschichte. (7½)
Theater am Kurfürstendamm (Kurfürstendamm 245): Die Frau im Hause. (7½)
Theater am Nollendorfplatz (Motzstr. 80/83): Der Vater und Tingeda. (7½)
Residenz-Theater (Kurfürstendamm 45): Die Postmeisterin. (7½)
Lustspielhaus (Friedrichstraße 236): Die französische Flieger. (7½)
Walmer-Theater (Wallnertheaterstr. 35): Die Tanzgräfin. (7½)
Komischer Oper (An der Weidendammer Brücke, Friedrichstr. 104): Luderchen. (7½)
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater (Chausseestr.): Hobel die Zänzerin. (7½)
Theater des Westens (Kantstr. 12): Schwalbengeschichte. (7½)

N = Neuaufführung.

Drahtanschrift: Eisenwerke Reisholz
Fernsprecher: Düsseldorf 7625 7626 Benrath 97
ABT. II FLANSCHEN
ABT. I SCHMIEDESTÜCKE
ABT. III WAGGONBESCHLAG
EISENWERKE REISHOLZ G.M.B.H.
REISHOLZ BEI DÜSSELDORF.

Fernspr.: 8150—8158
Eig. Börsenanschluss Essen 290
Düsseldorf: 14340 / 15260
Gebrüder Hammerstein Essen
Bankgeschäft
Theaterstr. 18
Reichsbankgirokonto
Postscheckkonto: Essen 134
Telegrammadresse: Bankhammer Essen
Kommanditiert von der Nationalbank für Deutschland Kom.-Ges. a. Aktien, Berlin
Ausführung aller bankmässigen Geschäfte
An- u. Verkauf von Beteiligungen an Kohlen, Kali-, Braunkohlen-, Erz- und anderen Industrien.
Devisen-Abteilung (Fernsprecher 8156, 8157 und 8158)
Eigene Zweigniederlassung: Berlin NW 7, Dorotheenstr. 4

SOEST
KOHLEN- U KOKSBRECHER
SOEST

„Braunkohlen-Feuerungen
(Treppenrost-Halbgas-System)
langjährig bewährter Bauart mit bestem Schürsystem"
bauen schnellstens unter Garantie betriebsfertig ein.
Peretti & Funck, vorm. Adolf Francke, gegr. 1887.
Vertreter gesucht.
Telef. 719, 8590, 8599. Magdeburg. Telegr.-Adr. Peretti

C. A. F. Kahlbaum A.-G. zu Berlin.

Die Gesellschaft veröffentlicht nunmehr ihren Geschäftsbericht, welcher der am 26. d. M. stattfindenden ordentlichen Generalversammlung vorgelegt werden soll. Bei dieser Gelegenheit soll auch Beschluss gefasst werden über Genehmigung des am 24. März d. Js. in Gemeinschaft mit der Breslauer Spritfabrik A. G. (mit der, wie bekannt, Anfang März d. J. eine Interessengemeinschaft zustande kam) mit der Schultheiss-Patzenhofer Brauerei A.-G. Berlin abgeschlossenen Interessengemeinschaftsvertrages. Auf eine nochmalige Begründung dieser Transaktion, über welche wir seinerzeit ausführlich berichteten, geht der Bericht nicht ein. Ferner soll u. a. beschlossen werden über Erweiterung des Statuts dahingehend, dass die Gesellschaft berechtigt sein soll, Interessengemeinschaftsverträge auch mit anderen Unternehmungen abzuschliessen, dass weiter jeder Beschluss über Satzungsänderungen einer getrennten Abstimmung seitens der Vorzugsaktionäre und der Stammaktionäre unterworfen werden soll, wobei bei den Vorzugsaktionären eine Dreiviertel, bei den Stammaktionären eine einfache Mehrheit der vertretenen Stimmen erforderlich sein soll. Dieselbe Vorschrift soll auch für den Beschluss über Eingehung eines Interessengemeinschaftsvertrages gelten. — Der Bruttoerwinn erhöht sich, Verdienstes und Grundstückserträg belief sich auf 13 891 269 M. (3 166 559 M.), aus verkauften Apparaten, Rosenwasser und Fässern erhielt 1 195 646 M. (0) eingenommen. Auf der anderen Seite erforderten Betriebsunkosten 2 250 101 Mark (491 045 M.), Handlungsunkosten 3 778 511 M. (871 993 M.), Ausfälle bei der Kundschaft 44 179 M. (0). Abschreibungen für den Erneuerungsfonds 317 893 M. (178 076 M.), so dass sich bei einem Vortrag aus dem Vorjahre von 527 619 M. ein Überschuss von 9 654 849 Mark (1 864 101 M.) verbleibt, aus dem eine Dividende von 25 % (wie i. V.) verteilt, 3 000 000 dem ausserordentlichen Reservefonds zugewiesen und nach einigen sonstigen Abstellungen 827 019 M. vorgetragen werden sollen. Die Bilanz weist durch die Uebernahme des Geschäfts in Weinen und Likören von der C. A. F. Kahlbaum G. m. b. H. erhebliche Änderungen gegenüber das Vorjahr auf. Insbesondere werden Gutaben bei den Tochtergesellschaften in Höhe von 24 069 239 Mark, welche sachlich als Beteiligungen anzusehen sind, ziffermässig ausgesondert. Die übrigen Beteiligungen werden mit 4 407 722 M. (3 016 822 M.) ausgewiesen. Grundstücke und Maschinen stehen mit 2 785 857 M. zu Buch gegen (1 897 M. i. V.). Warenvorräte mit 23 997 797 M. (6 V. 5 659 309 M. Abschlagszahlung auf einzelagerten Spiritus). Die Hypothekenforderungen stiegen von 2 296 M. auf 334 346 M.; Debitoren (einschl. Guthaben bei den Tochterfirmen) von 213 706 M. auf 32 411 585 M. Auf der Passivseite bildet außer bei auf 10,5 Millionen Mark erhöhten Aktienkapital und gegen das Vorjahr gleichen Reservefonds von 1 968 497 M. bezw. 700 000 M. der Reservefonds für Wohlfahrtseinrichtungen (in 1921 gleich 1 000 000 M.), ferner ein neuer Wohlfahrtsfonds in Höhe von 1 000 000 M. der Kreditorengruppe von 2 729 592 M. hat sich ungefähr verdoppelt. Die hohe Ziffer der schwebenden Schulden hat sich trotz weiteren Anwachsens der für den Betrieb notwendigen Mittel nach Schluss des Berichtsjahres durch den Verkauf der Spritfabriken, sowie durch eine in Höhe von 15 Mill. Mark aufgenommene mit 4½ % verzinsliche und zu 103 % zu 50 Jahren rückzahlbare Obligationsanleihe erheblich verringert. Nach Schluss des Geschäftsjahres wurde ferner die Spritfabriken in Lichtenberg und Adlershof an die Reichsmonopolverwaltung für Branntwein verkauft; ebenso wurde auf die aus dem Monopolgesetz hervorgehenden Rechte für diese Fabriken und für die Magdeburger Spritfabrik verzichtet. Wie wir schon meldeten, ist die in Posen gelegene Spritfabrik an eine neu gegründete polnische Gesellschaft vorläufig verpachtet. Ueber die Spiritusproduktion wird noch berichtet, dass die Fabriken infolge behördlicher Einschränkungen nur gering beschäftigt waren. Das am 31. Dezember 1919 von der C. A. F. Kahlbaum G. m. b. H. übernommene Geschäft in Trinkbranntweinen, Likören und Weinen entwickelte sich bei lebhaftem Umsatz recht günstig. Wenn haben die Beteiligungen nur einige Erträge ergeben. Die C. A. F. Kahlbaum Chemische Fabrik G. m. b. H., welche den Beginn ihrer Geschäftsjahres vom 1. Juli auf den 1. Januar verlegt hat, und infolgedessen nur einen Abschluss für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1919 vorlegen konnte, hat einen befriedigenden Gewinn erzielt. Er ist zu einer Rücklage benutzt worden, welche dazu bestimmen soll, der Minderbewertung gerecht zu werden, die sich aus den Folgen des Krieges und des grossen Brandes vom 22. Mai 1917 sowohl für die Anlagen wie für das Gesamtgeschäft der Firma ergibt. Die Verwaltung der Chemischen Fabrik war während der Berichtsjahres besonders darum bemüht, die bei jenem Brande zerstörten Anlagen, von denen während des Krieges nur ein Teil hatte wieder aufgebaut werden können, zu ersetzen und die zahlreichen ausländischen Verbindungen wieder herzustellen und auszubauen.

Finanzgebarung des Reichs. Das Reich vereinnahmte in der ersten Märzdekade aus Steuern, Zöllen, Abgaben und Gebühren 1357,1 Mill. Mark. Die Ausgaben beliefen sich in der gleichen Zeit auf 2757,6 Mill. Mark. Darunter befinden sich Zuschüsse an die Reichspost- und Telegraphenverwaltung (288,6 Millionen) und an die Reichseisenbahnverwaltung (427,0 Mill.) in einer Gesamtsumme von 795,6 Mill. Mark. Zum Ausgleich war die Aufnahme neuer schwebender Schuld im Betrage von 1581 Mill. Mark erforderlich. Die schwebende Schuld beläuft sich nunmehr insgesamt auf 167 990 Mill. Mark.

Deutscher Kalk-Bund. Der Bund stellt uns die Abschrift einer an den Reichskohlenrat gerichteten Eingabe zur Verfügung, die sich mit der am 1. April erfolgten Erhöhung der Kohlenpreise befasst. Es wird in der Eingabe ausgeführt, dass die Kalkwerke gegenüber den Kohlenpreisen zurückgeblieben sind, und dass jetzt den Kalkwerken nichts anderes übrigbleiben wird, als ihre Preise ebenfalls zu erhöhen, wodurch allerdings die Wettbewerbfähigkeit im Auslande beschränkt würde. Die Aufwärtsbewegung der Reichskohlenpreise wird schliesslich auch auf den Kaufpreis der Kohlenbriketts und auf die Haltung der Kalkindustrie mit den Abgaben für die Kohlenwirtschaftsstelle, die allein jährlich an 400 000 M. verschlingen, während im Gegenwert dieser Leistung nicht gegenüberstehl.

Schweizerischer Effektenzweifel. Der schweizerische Nationalrat hat die Besteuerung der Kupons und Wertschriften usw. wie folgt beschlossen: 2% für in- und ausländische Obligationen, 3% für Aktien und 6% für Prämienobligationen.

Zusammenschluss von Wiener Grossbanken. Die vor einiger Zeit bereits angekündigte Verschmelzung der Oesterreichischen Boden-Creditanstalt und der Unionbank in Wien gelangt nunmehr zur Durchführung, wie unser Wiener Mitarbeiter erfährt, den Beginn einer dauernden Zusammenschlussbewegung unter den Wiener Banken dar. Die Oesterreichische Boden-Creditanstalt übernimmt 120 000 Aktien der Unionbank, die hiernach ungefähr 10 % ihres Aktienkapitals der Boden-Creditanstalt zuwirft. Das Ziel der Verschmelzung ist die Ergänzung beider Institute in den wichtigsten Geschäftszweigen des Bankgewerbes, da die Boden-Creditanstalt ein ausgedehntes Pfandbrief- und Hypothekargeschäft betreibt, die wirtschaftliche Finanzierungskräfte besitzt. Die Unionbank dagegen hat ein weit verbreitetes laufendes Geschäft und grosse Bankkundschaft, so dass sie namentlich für Placements in Betracht kommt. Vorläufig bleibt die Selbständigkeit beider Banken eine vollkommene. In Zukunft wird aber eine vollständige Verschmelzung zu einer Bank erfolgen.

Aktiengesellschaften.

Th. Goldschmidt A. G. Chemische Fabrik und Ziundütte, Essen. Nach dem soeben veröffentlichten Geschäftsbericht für 1920 belief sich der Warengewinn auf 15 237 737 M. (4 510 968 M.), der Reingewinn auf 4 567 519 M. (2 147 758 M.) voraus u. a. eine Dividende von 20% (12%) auf die Stammaktien, 4 % auf die neuen Vorzugsaktien verteilt werden soll. Für Werksangehörige wurde eine Stiftung von 4,5 Mill. Mark. Das vorliegende günstige Jahresergebnis wird die Entwertung der Mark zurückführen. Die Bilanz weist Vorräte mit 1 868 572 (12 947 623) Mark, Staatspapiere und Wertpapiere mit 1 778 750 (2 492 368) Mark, Bankguthaben mit 11 679 [illegible] (7 179 974) M., Wasserleitungen und Ausgestaltung mit 28 119 [illegible] (12 [illegible] M., ferner Kassen 17 741 628 (23 450 937) M. gegenüberstehen. Der Erneuerungsfonds ist 1 [illegible] Mark ist neu.

Chemische Fabrik auf Aktien (vorm. E. Schering) in Berlin. Der Aufsichtsrat beschloss in seiner heutigen Sitzung, aus dem sich nach Abschreibungen von 717 [illegible] M., d. V. 710 190,09 M.) und nach Überweisung von 3,8 Mill. Mark, d. V. 1 578 322,68 M.) die Verwaltungskosten, von 1 Mill. Mark (d. V. —) für Jubiläumsstiftung und von 200 000 M. (d. V. —) für Altpensionen vorgesehen. Es verbleiben Reingewinn 3 592 338,91 M. (d. V. 1 578 322,68 M.) die Verteilung einer Dividende von dig. 6 % auf die 3 000 000 M. umfassenden Vorzugsaktien (wie in Vorjahre), 9 % auf 1 000 000 M. Vorzugsaktien Lit. B. (d. V. 7 und 25 % auf 10 000 000 M. Stammaktien (8 % auf 6 000 000 M.) in Vorschlag zu bringen. Der auf den 10. Mai stattfindenden ordentlichen Generalversammlung soll ferner zur Stärkung der Betriebsmittel und Erweiterung der Fabrikationsanlagen eine Kapitalserhöhung um 10 Mill. Mark Stammaktien und 1 Mill. Mark Vorzugsaktien Lit. B. vorgeschlagen werden, wobei dem die 10 Mill. Mark Stammaktien den Inhabern der alten Stammaktien zum Kurse von 150 im Verhältnis von 1 : 1 zum Bezuge angeboten werden sollen. Herr Dr. Walter Zimmermann ist zum stellvertretenden Vorstandsmitglied, die Herren Eugen Gaupp und Dr. Walther zu stellvertretenden Vorstandsmitgliedern bestellt.

Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff A. G. in Berlin. Die Gesellschaft bringt, wie wir hören, eine Dividende von 15 % (d. V. 5 %) in Vorschlag.

Dürrkoppwerke A. G. Bielefeld. Die Einnahmen auf Waren- und Fabrikationskonto im Jahre 1920 betrugen: 9 852 576 M. (5 347 399 M.), für Handlungsunkosten wurden 6 612 580 M. (3 628 850 M.), auf Dividendenkonto 83 921 M. (86 173 M.) ausgegeben, Abschreibungen sind mit 1 445 490 M. (1 225 828 M.) bewirkt, so dass sich bei einem Vortrag von 296 482 Mark ein Überschuss von 1 912 146 Mark (1 331 432 M.) ergibt, aus dem, wie gemeldet, eine Dividende von 15 % (5 %) verteilt und 192 146 M. (106 432 M.) vorgetragen werden sollen.

In der Bilanz erhöhte sich das Grundstückskonto um 1,9 Mill. Mark auf 2,5 Mill. Mark, das Gebäudekonto von 1,5 Mill. Mark auf 3,1 Mill. Mark, das Maschinenkonto von 300 000 M. auf 1 200 000 M. Die Erhöhung der Anlagekonten ist auf den Ankauf des bisher gepachteten Grundstücks in Berlin-Reinickendorf und Umbauten und Neubauten in Bielefeld weiter ausgedehnt. Die Debitoren betragen 12 924 927 M. gegen 5 750 210 M. Kreditoren 15 601 905 M. gegen 11 754 145 M. Nach dem Rechenschaftsbericht wurde die Fabrikation durch Schienenknappheit und Materialmangel oft recht erheblich beeinträchtigt, so dass die Nachfrage nur mit Mühe befriedigt werden konnte.

Julius Berger Tiefbau-A.-G. in Berlin. Die heutige ordentliche Generalversammlung setzte die aus früherer Dividende auf 25 % fest. Auf die Anfragen verschiedener Aktionäre teilte Generaldirektor Kommerzienrat Berger mit, dass in den laufenden Geschäftsjahre infolge der günstigen Witterung die Arbeiten viel früher aufgenommen werden konnten, als es sonst üblich war. Die trockene Witterung begünstige auch weiter die Arbeiten in günstigster Weise. Unter allen Vorbehalt könne er erklären, dass, falls nicht ganz besondere Umstände eintreten, das etwas durchaus befriedigende Verlauf erreichen werden könne. Hinsichtlich des Wiederaufbaues Nordfrankreichs sei er noch immer der bereits früher vertretenen Ansicht, dass dieser ohne Deutschland nicht vorwärtsgehen könne. Ob und wann hierbei Deutschland zur Tätigkeit herangezogen werde, sei unter den heutigen Verhältnissen eine zu schwierige Frage. Er hatte es aber für richtig, wenn Deutschland sich vorerst bei dieser Angelegenheit nicht in den Vordergrund stelle. Was die russischen Geschäfte anlange, so sei die Gesellschaft durch die mit der Firma Brisk u. Wolf eingegangene Interessengemeinschaft an den durch die russische Eisenbahnverwaltung erfolgten Bestellungen in Lokomotiven, Waggons und Brückenteilen beteiligt. Durch den Generalstreik der Berliner Tiefbauarbeiter wurde der Betrieb der Gesellschaft nicht berührt. Alle Melkkosten, die durch Erhöhung der Löhne eintreten, gehen zu Lasten der Auftraggeber. Solche die Gesellschaft gezwungen werden, den Kampf aufzunehmen, so würde sie ihn im Interesse der Stadtgemeinde Berlin sowie der Allgemeinheit ausfechten.

Mechanische Weberei zu Linden. Der Fabrikationsgewinn der Internehmung im Jahre 1920 belläuft sich auf 7 905 294 M. (785 959 M.). Nach Abschreibungen von 1 741 648 (347 251) M. und Abschreibung von 292 000 M. als Kursverlust auf Wertpapiere ergibt sich ein Reingewinn von 4 163 746 (45 909) M. Hieraus sollen 20 % Dividende und 15 % Bonus verteilt werden. Im Vorjahre wurde der Ueberschuss dem Reservefonds zugeführt. Nach Mitteilung des Rechenschaftsberichts war die Nachfrage nach allen von dem Unternehmen hergestellten Artikeln, insbesondere Velvet und Cord, eine äusserst rege. Die Abnahme der in Gelmanie zu Bucze stehenden Anlagewerte im Interesse der Bilanzkriegsfolgen Papiermark bewertet werden muss, war man gezwungen, auf der Passivseite die Aktienkapitalziffer von 15 Mill. Mark zu erhöhen, das somit den Charakter einer Wertbereitung trägt. Auch in den ersten Monaten des laufenden Jahres war der Versand sehr lebhaft. Neuaufträge seien in grösserem Umfange bereits eingegangen und gingen täglich ein. Trotzdem möchte die Verwaltung in Anbetracht der ungeklärten Lage davon abraten, jetzt schon eine Ansicht über die Entwicklung des laufenden Jahres zu äussern. Nach der Jahresschlussgewinnung betrugen Schulden 7 449 284 (699 359) M., Bankguthaben 664 520 (1 076 054) M., Wertpapiere 1 062 355 (1 222 500) M., ferner Verpflichtungen erscheinen Gläubiger mit 13 181 528 (6 998 592) M.

Elektrizitäts-A.-G. „Hydrawerk“. In der Generalversammlung wurde die Dividende einschliesslich Bonus auf 45 % festgesetzt. Über die Aussichten berichtete der Vorstandsmitglied Ingenieur Seeberg, dass in den ersten drei Monaten des Jahres der Umsatz grösser gewesen wäre als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Das Geschäft in mechanischen Gebrauchsartikeln hat sich insbesondere ausgedehnt gehoben. Die Nachfrage nach den Glimmlichtröhren und den Reduktorröhren, welche gemeinsam mit der Firma Julius Pintsch A.-G. hergestellt werden, ist nicht allein im Inlande, sondern auch im Auslande ausserordentlich gross. Es in den Aufbiektrat gewählt wurden die Herren Rentier S. Wilke, Wannsee, und Dr. jur. K. Bett (Carsch Simon u. Co., Berlin).

Hannoversche Kalkwerke A. G. in Oedesse. Die Generalversammlung setzte die sofort zahlbare Dividende auf 5 % für die Vorzugsaktien fest. Die Verwaltung hatte auch eine gleich hohe Dividende für die 4 Mill. Mark Stammaktien vorgeschen, zog diesen Vorschlag aber mit Rücksicht auf die gegenwärtig sehr ungünstige Lage der Kalinduslrie wieder zurück, so dass die dafür vorgesehenen 200 000 M. zusammen mit 46 625 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Der Vorstand berichtete nählich über die Lage der Kalibetriebe, dass diese in volliger Dunkel zehillt sei. Gerade in der letzten Zeit habe sich die Lage besonders verschlimmert, so dass viele Kaliunternehmungen dazu übergegangen sind, Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen vorzunehmen und auch hier und da ganze Werke stillzulegen. Auch für die Gesellschaft werde sich diese Notwendigkeit ergeben, da der gegenwärtige Absatz in keinem Verhältnis steht zu dem Umfange der Leistungsfähigkeit des Betriebes und der Belegschaft.

Bergwerksgesellschaft Hibernia. Die Generalversammlung tinlies an Bai 1921 eine. Es soll vorgeschlagen werden, von dem, nach Abzug der laufenden und ausserordentlichen Betriebsausgaben und der Anleihezinsen, verbleibenden Reinertrag von 19 672 669 M. zu Abschreibungen 11 127 329 M. zu verwenden und auf die Bergwerksaktien 4 % = gleich 450 000 M. sowie auf die Stammaktien 12 % gleich 1,2 Mill. Mark als Gewinnanteile auszuschütten. Der Rest von 894 700 M. soll vorgetragen werden.

Neugründungen. In Berlin-Reinickendorf wurde die Dina-Metallwerk A.-G. gegründet mit 3,25 Mill. Mark Aktienkapital. Unter der Firma Schultz & Schuster Aktien-Ges. in Berlin ist mit 5 Mill. Mark Kapital eine neue Aktiengesellschaft gegründet worden. Zweck ist der Betrieb aller Zweige des Baugewerbes sowie die Beteiligung an Unternehmungen dieser Art. Im Aufsichtrat ist die Darmstadter Bank vertreten durch Direktor Dr. Walter Naubaly.

Donaudampfschiff Kredit-Gesellschaft A. G. München. Unter vorstehender Firma wurde mit einem Aktienkapital von 6 Mill. Mark unter Mitwirkung der Bayerischen Vereinsbank in München eine Aktiengesellschaft gegründet, deren Zweck die Förderung der Handelsbeziehungen des Deutschlandes zu den Nachfolgestaaten der ehemaligen Österreichisch-ungarischen Monarchie und den Ländern des europäischen Ostens durch Warengeschäfte, Bankgeschäfte und Wechselgeschäften, insbesondere Verrechnungsverkehr, der Betrieb von Handelsgeschäften, die Finanzierung (eventuell auch Ausführung) von Bauten, ferner die Beteiligung an Unternehmungen jeder Art ist.

Die Schwarzburgische Landesbank zu Sondershausen hat unter der Firma „Filial der Schwarzburgischen Landesbank zu Sondershausen in Bad Berka“ eine Zweigniederlassung errichtet.

Erweiterung der Stahlwerk Becker A. G. Durch die technisches Verschen ist der letzte Satz unserer Notiz im heutigen Handelsteil an den Schluss gerückt. Die Generalversammlung und Kapitalerhöhung betraf also nicht die Stahlwerk Becker A. G. selbst, sondern die Eschweiler-Ratinger Metallwerke A. G.

Dividendenvorschläge.

Leipziger Immobiliengesellschaft, Bank für Grundbesitz A. G. in Leipzig 5 % (6 %).

Leipziger Gummiwarenfabrik A. G. vorm. Julius Max Heine u. Co. 15 % (6 %).

Cumarilfirma 7½ % (10 %).

Kurszettel vom 16. April 1921

Umrechnungssätze: 1 Lstrl. = 20,40 M., 1 Doll. = 4,20 M., 1 Rbl. = 8,46 M., 1 Goldrbl. (alt. Gold) = 20,40 M., 1 Silberrbl. (alt. Kred.) = 8,46 M., 1 Kron. = 12 M., 1 fr. Gold. Währ. u. 1 fl. Silb. = 1,70 M., 1 österr. Gulden = 1 M.

1 Kronen dänisch-norwegisch Währung = 0,96 M., 1 Gld. holl. Währung = 1,70 M., 1 Pfd. oder 1 Lira oder 1 Peseta oder 1 Leu = 0,80 M., 1 tschechoslowakische Krone = 0,25 M., 1 Peso argentin. Währung = 1,70 M.

Amtliche Wechselkurse

Stadt	Devisen	16. 4. Geld	16. 4. Brief	15. 4. Geld	15. 4. Brief
Amsterdam-Rotterdam	Holländ. Gulden	1 [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Brüssel-Antwerpen	Belgien	1 [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Kopenhagen	Dänemark	1 [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Christiania	Norwegen	1 [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Stockholm	Schweden	1 [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Helsingfors	Finnland	1 [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
London	Lstrl.	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
London	Pfund	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
London	Dollar	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
London	Kanada	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
London	Australien	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
London	Neuseeland	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
London	Indien	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
London	Japan	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
London	Kapstadt	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
London	Argentinien	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
London	Brasilien	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
London	Uruguay	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
London	Chile	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
London	Peru	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
London	Japan	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
London	Schweiz	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
London	Frankreich	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
London	Italien	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
London	Belgien	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
London	Griechenland	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
London	Spanien	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
London	Portugal	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
London	Norwegen	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
London	Dänemark	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
London	Schweden	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
London	Finnland	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
London	Polen	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
London	Tschechoslowakei	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
London	Deutschland